Wahlprogramm 2021 kommunal & sozial

Lüneburg

DIE LINKE.
Kreisverband Lüneburg

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 3

Soziale Gerechtigkeit und würdevolles Dasein..... 5

Arbeit und Soziales 6
Sozialleistungen und Hartz IV..... 7
Sanktionen verstärken soziale Abhängigkeiten..... 8
Bauen und Wohnen 10
Ländliche Räume stärken – Dörfer erhalten 13
Gestaltung des öffentlichen Raums - „Recht auf Stadt“ 15
Pflege und Gesundheit.....17
Sozialen Ausgleich in der Gesundheitsversorgung schaffen!.....19
Für eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik in der Kommune.....20
Kultur 22
Sport.....24

(Re-)Kommunalisierung und Mitsprache auf allen Ebenen... 28

Bürger*innenbeteiligung.....28
Öffentliche Daseinsvorsorge 29
Lokale Wirtschaftspolitik.....30
Finanzen.....32
Digitalisierung.....33
Öffentliche Sicherheit durch Prävention.....35

Gute Bildung für alle – ein Leben lang! 37

Kinder und Jugendliche.....38
Kinder und Jugendpartizipation.....39
Kinderarmut.....40
Kitas und Krippen.....41
Schulen.....42
Hochschulen und Universitäten.....43
Ausbildung und Weiterbildung.....44
Demokratisierung der Bildung.....45

Erhalt unserer Umwelt und nachhaltige Mobilität 48

Klima.....49
Der Mensch kann nur mit und nicht gegen die Natur leben.....50
ÖPNV und Verkehr.....51

Nahverkehr für alle bezahlbar....52
Umweltfreundlicher Nahverkehr....54
Ökologische Abfallwirtschaft....54
Erneuerbare Energien....55
Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucher*innenschutz....57
Ernährung und Verbraucher*innenschutz....59
Tierschutz....60
Kommunale Verbraucher*innenschutzpolitik....61
Gleichstellung und Teilhabe ohne Ausnahme....63
Gleichstellung von Frauen....64
Konsequent gegen Gewalt an Frauen....65
Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt....66
Teilhabe aller Menschen....67
Inklusion von Menschen mit Behinderungen....69
Psychisch Erkrankte unterstützen....70
Würde im Alter....71
Soziale Teilhabe und Mitbestimmung....72
Altersarmut wird unterschätzt....73
Eine Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel ..75
Frieden und internationale Solidarität....76
Abrüstung bis in die Kommune....77
Antimilitarismus – Für eine Kultur des Friedens....77
Antifaschismus und Antirassismus....78
Aufklärungs- und Bildungsarbeit....79
Hilfe für Betroffene....80
Erinnerungskultur....81
Willkommenskultur für Geflüchtete....82
Menschenwürdige Unterbringung....82
Gesellschaftliche Teilhabe....84
Nachwort....85

Vorwort

Die Kommunalwahl für den Landkreis Lüneburg entscheidet darüber, wie unser Weg in den nächsten Jahren aussehen wird. Wir treten dafür an, dass die große Mehrheit der Bevölkerung zueinanderkommt und sich mit ihren sozialen, demokratischen und kulturellen Interessen durchsetzt, gegen die Profitgier von Konzernen und alle jene Parteien, welche den Ausverkauf unserer Städte und Gemeinden vorantreiben. Es geht uns um Gerechtigkeit im Alltag, bei der Arbeit, in den Kommunen. Es geht um all jene in Selbstständigkeit, die nun Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen. Es geht uns um die, die auch vor der Krise in Armut und Erwerbslosigkeit lebten. Mit unserem Programm wollen wir Alternativen aufzeigen, wo es angeblich keine Alternativen gibt. Wir laden alle ein, an dieser Veränderung über den Wahltag hinaus mitzuwirken. Für mehr Gerechtigkeit und eine erfreuliche Zukunft. Für uns alle. Wir wollen eine Wende zum Besseren – sozial und solidarisch.

Wir brauchen handlungsfähige und damit ausfinanzierte Kommunen, gute sowie für alle zugängliche Gesundheitsversorgung und Pflege, den Ausbau des Nahverkehrs bis aufs Dorf, barrierearmen, bezahlbaren und komfortablen Wohnraum sowie die Instandsetzung unserer Schulen. Wir wollen politische Mitbestimmung nicht nur bei Wahlen und wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge wie Nahverkehr, Strom, Wasser und Gesundheit in die öffentliche Hand überführen und demokratisieren. Wir wollen das Klima retten, unsere Umwelt erhalten und dezentral saubere Energie schaffen, für lebenswerte Städte und Gemeinden im satten Grün, mit sauberer Luft und klarem Wasser. Wir stellen uns entschieden gegen jede Form von Rassismus und lassen niemanden zurück. Jahrelange wurden Löhne, Renten sowie Sozialleistungen gedrückt und Personal gestrichen, damit Superreiche Gewinne einfahren konnten. Jahrelang wurde uns erzählt, wir müssten unsere Kommunen bis zur Handlungsunfähigkeit kaputtsparen, um die Schulden bei großen Banken zu bedienen. Diese Politik ist nicht die Lösung, sie ist das Problem - Schluss damit!

Gemeinsam und solidarisch mit den fortschrittlichen Teilen der Zivilgesellschaft, mit Gewerkschaften, Bewegungen und Verbänden, in den Gremien der Gemeinden, Städten und Kreistagen wirken wir für einen sozialen, ökologischen sowie friedenspolitischen Systemwechsel. Wir sind Beschäftigte die Werte schaffen, Rentner*innen sowie Erwerbslose, die sich nicht die Würde nehmen lassen und

Kinder sowie Jugendliche, die für ihre Zukunft kämpfen, Solo- und Kleinunternehmer*innen mit kreativen Ideen. Zusammen wollen wir davon überzeugen den Kopf zu heben und aktiv zu werden. Wir sind nicht wie andere Parteien, in denen einzig Vorstände und Mandatsträger*innen über Ausrichtung und Inhalt von Politik bestimmen, getrieben von Lobbygruppen und Konzernspenden. Wir sind eine lebendige Mitglieder- und Programmpartei, wir diskutieren miteinander, lernen miteinander und mischen uns ein. Wir stehen für eine Politik, die Lust darauf macht, den Reichen und Mächtigen nicht das letzte Wort zu überlassen und ihre Macht in Frage zu stellen. Gemeinsam können wir die Welt verändern.

Wählen Sie daher am 12. September nicht nur DIE LINKE, wählen Sie vor allem selbst aktiv zu werden!

DGB
DGB
Miethaie zu

Sondersteu
für
Pflegekrä

Aufbruch für
ein gerechtes
Land!
Vermögensabgabe
für Superreiche: jetzt!
Weniger Rüstung,
mehr Rente: jetzt!
Krankenhäuser in
staatliche Hand: jetzt!
Gute Löhne,
gutes Leben: jetzt!
DIE LINKE

Pflege
ist Gold
wert

Soziale Gerechtigkeit und würdevolles Dasein

Arbeit und Soziales

Wir leben in einer Gesellschaft, in der die Menschen an unterschiedlichen Orten und Positionen ihren Beitrag zum Gelingen des gesellschaftlichen Lebens beitragen, um das Leben für- und miteinander schöner zu machen. Dies gilt für die Bäckereifachverkäuferin, die Pflegefachkraft, Ingenieure, Ärzt*innen bis hin zu den Verwaltungsangestellten, etc. Wir stellen uns eine Arbeitswelt vor, in der die Menschen eine sinnvolle Aufgabe finden und in der sie sozial und finanziell wertgeschätzt werden.

Im Unterschied zu dieser Vorstellung von einer humanen Arbeitswelt ist das aktuelle gesellschaftliche Leben aber so organisiert, dass viele Menschen von ihrem Beitrag zum gesellschaftlichen Leben, d.h. von ihrer Arbeit kaum noch leben können. Immer mehr Menschen befinden sich darüber hinaus in unsicheren und prekären Arbeitsverhältnissen, können von ihrer Arbeit nicht leben. Dies ist aus Sicht der LINKEN ein gesellschaftlicher Skandal.

Unternehmen nutzen Schlupflöcher und Tarifflucht, um Rechte von Beschäftigten einzuschränken, Löhne zu senken und Mitbestimmung zu beschneiden. Arbeitsbedingungen müssen sich am Menschen und deren Familien orientieren. DIE LINKE. kämpft dafür, dass die Profitgier der Unternehmen nicht auf Kosten der Beschäftigten ausgetragen wird. Tarifverträge und Arbeitsplätze müssen verteidigt, gestärkt und ausgebaut werden. Dazu werden wir weiterhin in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften an der Seite der Beschäftigten stehen.

In Folge der Corona-Krise haben viele ihren Arbeitsplatz verloren oder müssen Einkommenseinbußen wegen erzwungener Teilzeitarbeit oder Kurzarbeit hinnehmen. Solo-Selbstständige sind in ihrer Existenz bedroht.

DIE LINKE. fordert:

- einen kommunalen Mindestlohn bei der Vergabe öffentlicher Aufträge von 13 Euro
- Eingliederung der externen Aufträge durch die Kommune nach dem Tarifvertrag des öffentli chen Dienstes (TVöD)
- ausgewiesene Gesundheitsschutzmaßnahmen in allen Betrieben
- Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen der Produktion und der Verwaltung
- Überführung von Honorarverträgen der VHS-Mitarbeiter*innen in tarifliche Festverträge

Sozialleistungen und Hartz IV

Die Corona-Pandemie verdeutlicht noch mal stärker, die Not der von Armut Betroffenen. Hamsterkäufe, verteuerte Lebensmittel, Schließungen der Tafeln oder der Ausfall des Mittagessens in den geschlossenen Kitas und den Schulen führten zu erhöhten Ausgaben, die mit den Hartz-IV-Regelsätzen und der Grundsicherung nicht mehr zu bezahlen sind.

Hartz IV steht seit der Einführung in 2005 für Armut und Ausgrenzung per Gesetz. Es findet eine systematische Entrechtung der Betroffenen statt. Die daraus resultierende Angst vor Arbeitslosigkeit führt dazu, dass Arbeitnehmer*innen harte Lohneinschnitte schneller akzeptieren. Wer nicht bereit ist, für wenig Geld zu arbeiten, muss damit rechnen, dass das Jobcenter ihr/sein Existenzminimum kürzt. Der Niedriglohnsektor und die daraus folgende Armut trotz Arbeit ist eine wesentliche Folge der Hartz-IV-Reformen (Agenda 2010).

Hartz IV entwertet Menschen systematisch und generationenübergreifend

Viele Menschen kommen unverschuldet dazu, Hartz-IV-Leistungen in Anspruch nehmen zu müssen, denn Erwerbslosigkeit bedeutet für viele Arbeitsgruppen, vom abhängig Beschäftigten bis zur/zum Soloselbstständigen, den unausweichlichen Absturz in Hartz IV. Die Folge ist, dass Betroffene ihr Vermögen, das sie sich zum Teil über ein langes Erwerbsleben mühsam erarbeitet haben, für die

Sicherung ihres Lebensunterhaltes einsetzen müssen. Selbst wer jahrelang in die gesetzliche Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, ist von Armut bedroht, denn nach einem Jahr Arbeitssuche folgt für viele Betroffene Hartz IV. Somit werden lang erworbene Versicherungsansprüche vernichtet. Das ist eindeutig eine Entwertung ihrer bisherigen Lebensleistung!

Zudem können die Beratungs- und Unterstützungsangebote der Jobcenter oft nicht die individuellen Bedürfnisse der Menschen im Hinblick auf Bildungs- und Qualifizierungsangebote berücksichtigen, sodass die persönliche Situation und die damit verbundene Erfordernisse für das Individuum unbeachtet bleiben. Daraus folgt eine Entwertung bisheriger beruflicher Qualifikationen und Erfahrungen sowie die Aberkennung einer produktiven Teilhabe an der Gesellschaft!

Hartz-IV-Leistungen sind sehr niedrig festgesetzt, sodass ein menschenwürdiges Leben, gesellschaftliche Teilhabe und der Aufbau von Lebensperspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten nahezu unmöglich werden. Dies ist ein Umstand, der sich häufig in die nächste Generation fortsetzt, sodass die Kinder von Leistungsempfänger*innen ebenfalls gezwungen sind, den Weg ihrer Eltern zu gehen und Leistungsempfänger*innen bleiben, da sie kaum eine Chance haben, sich aus dem Kreislauf der Armut zu befreien. Elternarmut ist auch immer Kinder- und Jugendarmut. Gute Löhne und soziale Absicherung schützen Eltern und deren Kinder vor Armut. Kinder und Jugendliche sind keine kleinen Erwerbslosen und gehören nicht in ein Jobcenter. Eine Kindergrundsicherung ist daher ein wichtiger Bestandteil im Kampf gegen Kinderarmut.

Sanktionen verstärken soziale Abhängigkeiten

Eine Abhängigkeit von Sozialleistungen wird durch die Verhängung von Sanktionen, die eine Kürzung oder einen kompletten Ausfall der Leistungen zur Folge haben, verstärkt, wenn Menschen nicht in der Lage sind, den Anforderungen, die mit den Leistungen einhergehen, gerecht zu werden. Komplizierte Berechnungen und Regeln für Menschen, die Leistungen als sogenannte „Aufstocker*innen“ erhalten, weil sie in einem Niedriglohnsektor beschäftigt sind, und steigende Mieten verschärfen die Situation. So verfestigt sich die Abhängigkeit von Sozialleistungen und ein daraus resultierendes Leben in Unsicherheit!

Die aktuellen Leistungen sichern nicht das Existenzminimum und bieten keine reelle Chance auf eine sich lohnende Entwicklung! Das zugestandene Geld wird von der Regierung künstlich verknappt, sodass z.B. ein Tannenbaum oder ein Fahrrad für die Kinder als nicht notwendige Bedarfe erachtet und damit nicht berücksichtigt werden.

Hartz IV ist ein Existenzminimum. Trotzdem können die Jobcenter dieses Existenzminimum um bis zu 30 Prozent kürzen. Aus einem Minimum darf kein weiteres Minimum werden!

DIE LINKE. setzt sich für ein Ende der Sanktionen und eine garantierte Mindestsicherung bei Hartz IV ein. Nur so können sich die Menschen ohne Druck und Angst auf Tätigkeiten bewerben, die zu ihren Fähigkeiten und Kenntnissen passen. Die soziokulturelle Teilhabe darf nicht durch Kürzungen bei Hartz IV oder Leistungseinschränkungen in der Grundsicherung unterschritten werden. Statt Hartz IV brauchen wir sanktionsfreie, existenzsichernde Mindestsicherung!

DIE LINKE. fordert:

- von Hartz IV betroffene Menschen durch die Kommunen in den örtlichen Beirat der Jobcenter berufen lassen
- Beratungs- und Unterstützungsangebote, um aus der Abhängigkeit von Sozialleistungen zu gelangen, sind gemeinsam mit den Betroffenen zu erarbeiten
- die flächendeckende Einführung von ermäßigten Monatstickets für Menschen mit Sozialgesetzbuch II- Bezug
- die Einführung eines Sozialpasses für alle Nicht- und Geringverdienende, um den Zugang zu öffentlichen, sozialen und kulturellen Einrichtungen (z.B. Büchereien, Bädern, Theatern, Museen und öffentlichen Verkehrsmitteln) zu gewährleisten
- den Anspruch auf Übernahme von Kosten für digitale Endgeräte zum Zwecke des E-Learnings, z.B. für Schüler*innen, die zuhause digital am Unterricht teilnehmen, ggf. auch die Kosten für einen Surfstick mit LTE-Flatrate

- die Abschaffung aller Sanktionen in Hartz IV und Leistungseinschränkungen in der Grundsicherung auf Bundesebene
- unabhängige Ombudsstellen für Begleitung und Beratung der Menschen bei Terminen im Jobcenter, Grundsicherungsämtern und sonstigen Behörden
- die Einrichtung eines entscheidungsbefugten Fachbeirates, in dem Menschen, die im Leistungsbezug nach dem Sozialgesetzbuch II stehen, repräsentiert werden
- die Finanzierung unabhängiger Sozialgesetzbuch-II-Beratungsstellen

Bauen und Wohnen

Angemessener Wohnraum ist ein Grundbedürfnis für die Menschen. Wohnen ist ein Menschenrecht. Sichere Wohnverhältnisse sind eine zentrale Bedingung für das psychische und physische Wohlbefinden der Menschen, die Entwicklung stabiler Freundschaften in der Nachbarschaft und im Stadtteil, aber auch für die gesunde Gestaltung von Familiengemeinschaften. Diese Bedingungen, beziehungsweise diese Ziele sind aus Sicht der LINKEN. vor allem dadurch zu erreichen, dass Bauen und Wohnen von den Bedürfnissen der Menschen aus geplant und realisiert werden. Bauen und Wohnen soll im Wesentlichen in öffentlicher Hand liegen und von dieser auch kontrolliert werden. DIE LINKE. - Kreisverband Lüneburg hat bereits Ende 2019 ein umfangreiches Wohnraumkonzept (siehe Homepage LINKE.-Lüneburg) vorgelegt, in dem Grundlagen einer bedürfnisgerechten Wohnraumpolitik sowie eine Kritik an der derzeitigen Mieten- und Wohnraumpolitik formuliert werden.

Wir erleben derzeit eine Entwicklung, in der Wohnungen vielfach zu Spekulationsobjekten geworden sind. Die unkontrollierte Mitpreissteigerung hat inzwischen die großen Städte und die ländlichen Räume erreicht. In vielen Städten steigen die Mieten ins Unbezahlbare, während der soziale Wohnungsbau hinterherhinkt. Auch Lüneburg bleibt davon nicht verschont. In Lüneburg fehlten im Jahr 2020 rund 300 bezahlbare Wohnungen. In Niedersachsen ist nur jede 18. Wohnung eine Sozialwohnung. Für Wohnungssuchende mit mittleren

Einkommen, Student*innen, für Menschen in der Grundsicherung, für Rentner*innen mit geringer Rente, für Asylsuchende oder für Menschen mit einem Einkommen unter dem Durchschnitt, ist die Chance auf eine bezahlbare Wohnung somit sehr gering oder gar aussichtslos. Die Mietpreisbremse der Bundesregierung wirkt nicht. Der Boden auf dem gebaut werden kann, ist nicht nur knapp, sondern auch zum Spekulationsobjekt verkommen. Die Eigentümer*innen spekulieren auf Wertsteigerungen zum Beispiel durch Umwidmungen von Acker- zu Bauland. Diese außerordentlichen Gewinne zahlen entweder die Kommunen oder die Mieter*innen durch erhöhte Mieten, die auf teure Bodenpreise zurückgeführt werden. Die Kommunen können diesen Bodenspekulationen entgegenwirken, indem sie für Bebauung vorgesehene Flächen kauft, diese selbst für den Wohnungsbau nutzt und durch Erbpacht verleiht.

Wir streben die Senkung der Mieten, die damit notwendig verbundene Vergesellschaftung bzw. Enteignung großer Immobilienkonzerne und die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus durch kommunale und landeseigene Wohnungsbaugenossenschaften, an. Dies kann nur in Kombination mit einer weitreichenden Siedlungspolitik für ländliche Regionen und unter konsequenter Berücksichtigung des Klima- und Umweltschutzes gelingen.

DIE LINKE. fordert:

- die Privatisierung von Boden zu vermeiden und selbst Bauland für den Bau von Sozialwohnungen in öffentlicher Hand zu nutzen
- ein qualifizierter Mietspiegel muss her! In diesem Mietspiegel müssen alle Mieten erfasst werden
- den Erhalt und Ausbau öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften und damit einhergehend eine nachhaltige Aufstockung der Mittel für den sozial-ökologischen Wohnungsbau
- keine Befristung der Sozialbindung von Sozialwohnungen
- Ausbau und Förderung von Wohnungen für Menschen mit Behinderung (barrierearm und barrierefrei)

- verbindliche Vorgaben an Bauinvestor*innen, einen größeren Teil der neuen Wohnungen als barrierearme Sozialwohnungen bereitzustellen

- die Gründung einer Kreissiedlungsgesellschaft. Damit wollen wir in den nächsten Jahren den Bedarf nach neuen Wohnungen abdecken. Dies ist eine Antwort, um der Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus entgegenzuwirken

- die Förderung alternativer Wohnformen wie Genossenschaften und andere kollektive Wohnformen

- Baulandentwicklung ausnahmslos für öffentliche Flächen

- eine kluge Bodenbevorratungspolitik. Damit können die Kommunen und Landkreise Flächen kommunalisieren sowie privater Bodenspekulation und der damit verbundenen Mietpreissteigerung entgegenwirken. Vorbildlich ist die Stadt Ulm, die ca. 30 Prozent der städtischen Fläche besitzt. Wir fordern, dass die Politik vor Ort ihre Handlungsspielräume nutzt

- mehr bedarfsgerechte Wohnungen

- einen Überblick, über die Akteur*innen, die sich am Wohnungsmarkt agieren

- eine Wohnungspolitik, in der ökologische Aspekte mitgedacht werden. Es braucht eine ökologische Bauleitplanung, die u.a. flächenschonende Bebauung und Vorgaben zu den Energiestandards der Gebäude umfassen

- Wohnungspolitik in Verbindung mit Siedlungspolitik. Wir fordern deshalb einen flächendeckenden, schienengestützten und taktstarken Nahverkehr. Eine Verkehrswende ist sozialer und ökonomisch sinnvoller für die Gesellschaft. Wir fordern deshalb auch die Reaktivierung der Bahnstrecken Lüneburg-Bleckede und Lüneburg-Amelinghausen-Soltau. Zudem die Intensivierung der Wendlandbahn

- mehr Mehrfamilienhäuser zu bauen, statt Einfamilienhäuser

- die Ausschreibung von Siedlungsgebieten entlang der Bahnstrecken
- die Vergabe von kommunalen Flächen durch Erbpacht
- eine Zweckentfremdungssatzung zur Entlastung des Wohnungsmarktes zu erlassen
- eine Bebauungsplanung unter Bürger*innenbeteiligung
- Klimaschutz ohne Mieterhöhung! Modernisierungsumlage soll dem Klimaschutz dienen und nicht einer Mietsteigerung

Ländliche Räume stärken – Dörfer erhalten

Während der Pandemie wurde deutlich, wie wertvoll der ländliche Raum ist. Die zunehmende Digitalisierung im ländlichen Raum schafft neue Möglichkeiten, ortsunabhängig zu arbeiten und Tätigkeiten räumlich zu verlagern. Es bilden sich neue Arbeitsgebiete und Tätigkeitsformen, die auch die Ansprüche und Bedürfnisse der Bewohner*innen verändern. Im ländlichen Raum treffen viele Interessen aufeinander. Dies birgt viele Entwicklungspotenziale, kann aber auch zu Konflikten um natürliche und energie-relevante Ressourcen führen.

Wir benötigen innovative, nachhaltige und zukunftsfähige Konzepte zur Sicherung der Grundbedürfnisse der Menschen vor Ort und zur Ermöglichung aktiver, solidarischer Gemeinschaften, in denen die Menschen ihre Lebensweise selbstverantwortlich mitbestimmen und zukunftsorientiert gestalten können. Ökologische Projekte, kulturelle Anziehungspunkte, neue Arbeits-, Wohn- und Lebensformen, gute gesundheitliche Versorgung, die Nähe zur Natur, dafür braucht es eine gut ausgebaute Infrastruktur und Vernetzung untereinander, sodass Dörfer ein wertgeschätzter Arbeits- und Lebensmittelpunkt für alle Menschen sein können. Lebenswerte ländliche Räume sind ein wichtiger Faktor für die nachhaltige Entwicklung des Landes insgesamt.

Nahverkehr, gesundheitliche Versorgung, Dorfläden, kulturelle Einrichtungen, Begegnungsstätten, Vereine, Kneipen, Sportplätze und Schwimmbäder, Parks und andere Elemente der Gemeinde sind wichtige Bestandteile der Orte. Mobilitätsbedürfnisse können neben einem gut ausgebauten Nahverkehr durch flexible Formen des Transports, zum Beispiel durch Carsharing oder Shuttle-Service-Angebote, die auf die jeweiligen Bedürfnisse vor Ort abgestimmt sind,

unterstützt werden. Wir wollen eine Form der Mobilität fördern, die eine gute Anbindung gewährleistet, während sie das Verkehrsaufkommen reduziert.

Auch digitale Mobilität muss flächendeckend gewährleistet sein. Der Zugang zu leistungsstarkem Internet und ‚smarten' Technologien ist auch außerhalb der Städte essenziell, um diese Räume sozial und ökonomisch zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. In öffentlichen Einrichtungen, Schulen und regionalen Transportmitteln sollte freies WLAN zur Verfügung stehen. Auch kleine und mittelständische Unternehmen sind auf eine gute digitale Infrastruktur angewiesen. Nicht weniger relevant ist die Digitalisierung im Bildungsbereich. Bildungs- und Kulturangebote im ländlichen Raum müssen erhalten bleiben, gefördert werden und erreichbar sein. Relevant sind digitale Infrastrukturen und Kommunikationsnetze auch für die Intensivierung und Transparenz politischer Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse.

Wer im ländlichen Raum lebt, hat einen Anspruch auf hochwertige, wohnortnahe Pflege und Versorgung. Gemeinsam mit den Dienstleistern und Anwohner*innen vor Ort wollen wir konkrete Lösungen erarbeiten und umsetzen.

DIE LINKE. fordert:

- einen Perspektivwechsel, der Dörfer und ländliche Räume nicht als defizitär und abgehängt, sondern als attraktive, lebenswerte, zukunftsfähige Räume wahrnimmt und ihre Besonderheiten und Ressourcen erkennt, fördert, wertschätzt und gestaltend einsetzt, immer auch im Hinblick auf die Anliegen und Klimaschutzziele zukünftiger Generationen und die daraus erwachsenden Anforderungen an eine nachhaltige Raumentwicklung

- Erhalt, Unterstützung und Erneuerung von Infrastruktur wie Nahverkehr und innovative, flexible Mobilitätskonzepte, die auch eine intelligente Anbindung an umliegende Stadtzentren gewährleisten, Breitbandanbindung und Digitalisierung, wohnortnaher Zugang zu Bildungs-, Betreuungs- und medizinischen Einrichtungen

- Möglichkeiten für ‚Smarte Raumentwicklung' zur Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen und Daseinsfürsorge besonders in ländlichen und strukturschwachen Gebieten zu nutzen

- Erhalt und Förderung der dörflichen Infrastruktur durch Sicherstellung der Finanzierung von Vereinen, Feuerwehren, regionalen Kultur- und Geschichtsprojekten, Begegnungs- und Bildungszentren und regionalen Parks und Naturschutzgebieten

- Erhalt und Pflege geschichtsträchtiger Bauwerke und antifaschistischer Denkmäler

Gestaltung des öffentlichen Raums - „Recht auf Stadt“

Der öffentliche Raum prägt insbesondere das soziale, kulturelle und ökologische Gesicht einer Stadt. Wir wollen ein Stadtbild schaffen, welches die Lebensqualität aller Bewohner*innen verbessert und zeitgleich attraktiv und modern ist. Die Stadt der Zukunft sollte dabei dem Leitbild der Nutzungsmischung von Handel, Dienstleistungen, Bildung- und Sozialeinrichtungen sowie Gewerbe anstreben und die Wohnfunktion für verschiedene Einkommensschichten, auch im Stadtzentrum, stärken. Der öffentliche Nahverkehr sowie der Rad- und Fußverkehr, nicht der private Pkw, wird in der Stadt der Zukunft das Stadtbild prägen. Intelligente und bezahlbare Konzepte, wie Schnellradwege, E-Bike-Parkplätze, ein Ausbau des ÖPNV und die Abstimmung des Verkehrsaufkommens, sind dabei nur einige Bausteine. Ebenfalls wird die Stadt der Zukunft Platz für ein geselliges Umfeld schaffen, in dem sich alle Bürger*innen gerne und oft treffen. Zentrale Faktoren sind hierbei die Schaffung öffentlichen Raumes für soziales Leben und Kommunikation für alle Bürger*innen. Ein weiteres essenzielles Kennzeichen des öffentlichen Raums in der Stadt der Zukunft wird die Beachtung ökologischer Aspekte sein. Neben dem Ausbau der Parks und Grünanlagen werden auch Emissionen, Lärm und sonstige Schadstoffe verhindert. Auch kulturelle Aktivitäten werden das Stadtbild in Zukunft stark prägen und für alle Bürger*innen zur Verfügung stehen.

Momentan werden Verkehrswege immer länger. Die Entfernungen zwischen Arbeit, Wohnen, Freizeit und Einkaufen vergrößern sich. Neubaugebiete am Rande der Städte erzeugen zusätzlichen Verkehr, während Mittel fehlen, vorhandene Stadt- und Dorfkerne zu erneuern. Einkaufzentren außerhalb dieser gewachsenen Zentren verstärken diese umweltfeindliche Entwicklung.

In Städten und Gemeinden bestimmen vielfach Sonderinteressen und Kommerz die kommunalen Entwicklungen, weil sich Grund und Boden zumeist in privater

Hand befinden. Da der Boden nicht vermehrt werden kann, suchen Privateigentümer häufig nach Wegen, ihre Grundstücke aufzuwerten und mit ihnen zu spekulieren. Die notwendige Bereitstellung von neuen Gebäuden und Flächen für kulturelle und nicht-kommerzielle Freizeitinteressen der Menschen, d.h. die Entwicklung sozialer Infrastruktur, steht dann häufig zurück. Diese Entwicklungen führen dazu, dass immer mehr Menschen unserer Städte, ein „Recht auf Stadt", auf Daseinsvorsorge jenseits von Konsum und Kommerz geltend machen wollen.

Die Kommunalpolitik der LINKEN. ist allein dem Allgemeininteresse sowie der sozialen Daseinsvorsorge verpflichtet und bekämpft die Begünstigung von Sonderinteressen. Sie will alle Möglichkeiten zur Verhinderung von Grundstücksspekulation ausschöpfen und wendet sich dagegen, dass Vetternwirtschaft und Klientelpolitik Planungsentscheidungen beeinflussen.

DIE LINKE. fordert:

- Infrastruktur-Einrichtungen – sowohl öffentliche, wie etwa Schulen, Kindergärten, Spielplätze, Altenheime, Grünanlagen oder auch Kleingartengebiete, aber auch private, wie Geschäfte, Dienstleistungsunternehmen und Gastronomie – müssen wohnortnah und möglichst zu Fuß oder mit dem Fahrrad und barrierefrei erreichbar sein

- neue Siedlungsgebiete nur dann auszuweisen, wenn Möglichkeiten der Wohnverdichtung in den besiedelten Gebieten der Städte und Gemeinden ausgeschöpft sind oder wenn dies zur Bekämpfung der Wohnraumnot erforderlich ist

- dass Neubaugebiete von Anfang an über eine ÖPNV-Anbindung verfügen müssen und so geplant werden, dass ausreichend Flächen für die Infrastruktur (Kitas, Schulen, Bürgerhaus, Lebensmittelladen, Kneipe usw.) vorgehalten werden

- die Berücksichtigung des späteren Breitbandausbaus bereits bei der Bauplanung

- Innenstädte und Gemeindekerne durch kommunale Satzungen in ihrem Bestand zu schützen, so dass die Ansiedlung weiterer Einkaufzentren auf der „grünen Wiese“ vermieden wird

- den Stopp und das Rückgängigmachen der zunehmenden Privatisierung des öffentlichen Raumes

- nicht-kommerziell genutzten Raum in den Innenstädten bereitzustellen– Raum für Muße und kulturellen Genuss, ohne Konsumzwang und Einkaufsstress

Pflege und Gesundheit

Einen Menschen zu pflegen bedeutet, optimale Bedingungen bereitzustellen, um die Wiedergewinnung der Gesundheit und Handlungsfähigkeit herzustellen.

Um dies zu realisieren, brauchen die Mitarbeiter*innen im Gesundheits- und Pflegesystem Zeit, um die jeweiligen besonderen Lebensbedingungen, Lebensbedürfnisse der zu Pflegenden kennen und berücksichtigen zu können. Die Basis guter Pflege ist eine gute Beziehung zwischen Pflegefachkraft und zu pflegender Person.

Klatschen reicht halt nicht

Es herrscht Pflegenotstand! Die Corona-Krise hat es nochmals schonungslos offengelegt: Unser Gesundheitssystem ist marode. Das Pflegepersonal ist überlastet. Personal fehlt.

Die Privatisierung und eine damit verbundene „Profitorientierung“ des Pflege- und Gesundheitsbereichs schaffen strukturelle Bedingungen, die zum Gegenteil dessen führen, was menschliche Pflege ausmacht. Sie hat geradezu zu einem Notstand in diesen Bereichen geführt. Wenige Pflegekräfte müssen eine immer größere Anzahl von zu Pflegenden versorgen. In den Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen herrscht Zeitdruck. Die wichtige medizinische Versorgung wird immer weiter einer Profitlogik unterstellt. Das führt zu einer Entmenschlichung dieser wichtigen Bereiche. Vielfach sind die Pflegefachkräfte gezwungen, die ihnen anvertrauten Personen wie Objekte zu behandeln. Damit aber ist ständig die Würde der zu Pflegenden und der Pflegenden bedroht.

Die Angestellten in der Pflege verlassen auch deshalb diesen Arbeitsbereich, weil die Arbeitsbedingungen an die eigene Gesundheit und Substanz gehen, der eigene Anspruch an die eigene Arbeit permanent unterschritten werden muss und eine Lebensplanung kaum möglich ist.

Wir alle können morgen pflegebedürftig sein. Kommunen müssen ihre Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation nutzen und eine flächendeckende medizinische und pflegerische Versorgung gewährleisten. Als ersten Schritt sollten die Kommunen sich der Analyse und Ermittlung der Bedürfnisse und Bedarfe widmen. Dabei sollen sie vorbeugende Maßnahmen stärken. Mit einer Hilfeplanung müssen die Kommunen dafür sorgen, dass Menschen mit Pflegebedarf und pflegende Familienangehörige endlich genau diejenigen Hilfsangebote bekommen, die sie benötigen. Dazu gehört die Bereitstellung von ambulanter Pflege oder Betreuung, Plätze in Pflegeeinrichtungen oder auch Angebote der Tagespflege. Die Angebote müssen gerade in der häuslichen Pflege kurzfristig zur Verfügung stehen. Zudem fordern wir die Einrichtung von kommunalen Gesundheitszentren vor allem in ländlichen Räumen.

Mittel- und langfristiges Ziel des kommunalen Gesundheitswesens muss es sein, gemeinsam mit den Bürger*innen Lebensbedingungen herzustellen, die die möglichst lebenslange Gesunderhaltung der Menschen in den Blick nimmt und eine Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich hinauszögert. Damit kommen präventive Maßnahmen ins Spiel, wie beispielsweise Stressreduktion durch humane Arbeitsplatzgestaltung, gesunde Ernährung für alle Menschen, bewegungsfreundliche kommunale Raum- und Flächengestaltung, und vieles mehr.

DIE LINKE. fordert:

- eine kommunale Personalbemessung für alle Berufe in städtischen Kliniken und Pflegeinrichtungen
- kommunale Pflegehilfepläne und deren Fortschreibung sowie die Entwicklung von Hilfeplänen für ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen
- den Aufbau von kommunalen Gesundheitszentren inklusive Hebammenstationen in ländlichen Räumen

- den Ausbau der Pflegeeinrichtungen in öffentlicher Hand oder in gemeinnütziger Trägerschaft
- die Sicherung der Grundversorgung mit stationären Pflegeplätzen zu sozialverträglichen Gebühren
- den Ausbau des Angebots für bezahlbare Tages- und Kurzzeitpflege sowie die bedarfsgerechte personelle und materielle Verstärkung ambulanter Wohngemeinschaften sowie von Heimaufsichten
- die (Re-)Kommunalisierung von Krankenhäusern und Pflegereinrichtungen

Sozialen Ausgleich in der Gesundheitsversorgung schaffen!

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung muss gleichermaßen für alle gelten. Es ist bekannt, dass die persönliche soziale Lage einen entscheidenden Einfluss auf die eigene Gesundheit hat. Wer arm ist, wird häufiger krank und stirbt früher. Wer gesundheitliche Einschränkungen hat, spürt die Hindernisse oftmals schon an den Treppen zu den Praxen. Die Gesundheitsversorgung muss sich an die Lebensbedingungen der Menschen anpassen.

DIE LINKE. fordert:

- ein barrierefreies Gesundheitswesen. Das bedeutet, Hindernisse beim Zugang zu Arztpraxen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zu beseitigen. Aber auch die Kommunikation und Untersuchungen den älteren und Menschen mit Behinderungen anzupassen: leichte Sprache und verständliche Patient*inneninformationen sowie eine behindertengerechte Ausstattung
- ein Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderung in der Pflege muss garantiert werden. Dies muss gleichermaßen für psychische und physische Behinderungen gelten
- die Einführung eines anonymen Krankenscheins für illegalisierte Menschen

Für eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik in der Kommune

DIE LINKE. setzt sich für eine menschenwürdige Drogenpolitik ein, die präventiv, sachlich und glaubwürdig Aufklärung über die Wirkung und Risiken der unterschiedlichen legalen und „illegalen“ Drogen leistet. Dies ist auch die Bedingung dafür, dass ein selbstverantwortlicher Umgang, also Drogenmündigkeit, mit Substanzen entwickelt werden kann.

Eine linke Drogenpolitik verharmlost die Gefahren von Drogen nicht, ganz gleich, ob sie das Etikett „legal“ oder „illegal“ tragen. Sie nimmt aber zur Kenntnis, dass Drogen allseits verfügbar sind, die Verbotspolitik dies nicht verhindert und nur eine umfassende staatliche Regulierung aller Drogen dem Gesundheits- und Jugendschutz gerecht werden kann. Unser Grundziel als LINKE. ist es, die kommunale Drogenpolitik so zu gestalten, dass Konsumierenden flächendeckend Hilfe erhalten können, Gefahren für ihre Gesundheit minimiert werden und gesellschaftliche Ausgrenzung von Drogenkonsumierenden entgegengewirkt wird.

Trotz der seit Jahrzehnten herrschenden repressiven Verbotspolitik sind auch in Städten und Gemeinden illegalisierte Substanzen flächendeckend verfügbar. Im Gegensatz zu den legalen Drogen Alkohol und Tabak sowie frei verkäuflichen Medikamenten sind die „illegalen“ Drogen nur unter gesundheitlich häufig sehr bedenklichen Risiken für die Konsumierenden auf dem Schwarzmarkt erhältlich. Dort werden Substanzen für den Verkauf gestreckt und verunreinigt. Das Gesundheitsrisiko für die Konsumierenden steigt durch die verunreinigten Produkte. Die strafrechtlichen Konsequenzen, die das Betäubungsmittelgesetz für den Besitz und Erwerb von illegalisierten Substanzen enthält, erhöhen zusätzlich die Gefahren für die Konsumierenden. Gefängnis, Führerscheinverlust, soziale Desintegration und Jobverlust sind die Folgen der Verbotspolitik. Dies ist unverhältnismäßig und stellt einen schweren Eingriff in die Rechte der Bürger*innen dar. Den Risiken und negativen Auswirkungen des Drogenkonsums, kann man mit Mitteln des Strafrechts und der Kriminalisierung von Konsumierenden in keiner Weise effektiv begegnen.

Wenn Drogenkonsum problematische Formen annimmt, muss schnell, unkompliziert und bedarfsgerecht Hilfe geleistet werden. Zu einer humanen und rationalen Drogenpolitik gehören neben Präventions- und Informationsangeboten vor allem akzeptanzorientierte und niedrigschwellige therapeutische Hilfen.

Aus vielerlei Gründen ist die Legalisierung von Cannabis – auch als erster Schritt hin zu einer vernünftigen und sachorientierten Drogenpolitik – seit langem überfällig. Auf kommunaler Ebene besteht die Möglichkeit, einige Schritte in Richtung einer fortschrittlichen Drogenpolitik zu unternehmen. Dazu gehören die Einrichtung von Modellprojekten zu regulierter, legaler Abgabe von Cannabis und die Orientierung am uruguayischen Modell. Konsumierende illegalisierter Substanzen haben häufig keine Möglichkeit, in einem sicheren Rahmen zu konsumieren. Daher findet der Konsum im öffentlichen Raum statt. Die herrschende Politik reagiert darauf zumeist repressiv mit Platzverweisen und erhöhtem Polizeieinsatz. Ein großes Problem für Drogenkonsument*innen ist der Mangel an Ärzt*innen, vor allem im ländlichen Raum.

DIE LINKE. fordert:

- die Ausweitung von Behandlungsmöglichkeiten, in denen Patient*innen medizinisch verschrieben und unter Aufsicht Suchtmittel (wie Heroin) konsumieren können
- sozialpädagogische Konzepte und Angebote für Menschen der Alkohol- und Drogenszene
- ambulante Suchthilfe als kommunale Daseinsvorsorge
- legalize it – mit Modellprojekten in der Gemeinde die Legalisierung von Cannabis vorantreiben
- mehr Drogenkonsumräume und ein flächendeckendes Substitutionsangebot
- die Finanzierung ambulanter Suchthilfen zu gewährleisten und bei Bedarf auszubauen
- die flächendeckende Einrichtung kommunaler Dogenkonsumräume mitsamt medizinischer Notfallbetreuung, einem niedrigschwelligen Angebot, um Therapiemöglichkeiten zu vermitteln sowie einer chemischen Prüfung der Inhaltstoffe der Drogen
- wohnortnahe und ausgebaute Therapieangebote

Kultur

Kultur ist ein Stück Lebensqualität und ein essenzieller Teil einer lebendigen Demokratie. Sie muss für alle Menschen gleich erreichbar sein. Ein breites kulturelles Angebot trägt dazu bei, die Fantasie der Menschen, ihre Kreativität, und ihre Wertbilder und Denkmuster zu entfalten. Eine lebendige Kulturszene ist auch ein Ausdruck für eine lebendige Kommune. Aufgabe einer Kommune ist es, die Vielfältigkeit von kulturellen Ausdrucksformen zu fördern. Dies gilt vor allem auch hinsichtlich der Verschiedenartigkeit der Träger*innen. Es gilt, Räume für öffentlichen Diskurs und die Erprobung neuer Ideen zu schaffen.

Die aktuelle Kulturpolitik setzt häufig auf teure Großprojekte. Es wird behauptet, Prestige-Investitionen würden Investoren und Wirtschaftsansiedlung herbeilocken und sie in der Stadt binden. Für alternative Kulturprojekte und unterdrückte Kulturansätze, für kritische Künstler*innen, für Straßentheater und kulturelle Belebung abgekoppelter Stadtteile bleibt dann oft viel zu wenig Geld. Als Folge zwingt die Finanznot viele Kulturträger*innen dann, der Verlockung des "Sponsorings" nachzugeben und damit die kulturelle Unabhängigkeit aufzugeben und zur/zum Werbeträger*in zu werden.

Kultur darf aber nicht dem marktwirtschaftlichen Prinzip untergeordnet sein. Die Kommune hat auch die Verantwortung dafür, dass Kultur in seiner Verschiedenartigkeit allen zugänglich bleibt. Kulturelle Einrichtungen müssen vom Zwang befreit werden, wirtschaftlich agieren zu müssen. Die Vielfalt der Kulturen sollte auch durch die Entwicklung der Städtepartnerschaft gefördert werden, und zwar in erster Linie durch Begegnung der Bevölkerung. Kultur rechnet sich nicht, zahlt sich aber aus.

Die Coronakrise hat gezeigt, wie prekär die soziale Lage vieler Kulturschaffender ist. Wir begrüßen das Programm „Neustart Kultur“ des Bundes, sehen aber auch, dass weiterhin großen Handlungsbedarf bei der sozialen Absicherung Kulturschaffender besteht; insbesondere bei Soloselbständigen und freiberuflich Tätigen. Das gilt hinsichtlich der Diversität, Gleichstellung und gerechten Bezahlung im Kulturbereich, bei der Förderung von Kunst und Kultur im ländlichen Raum, bei der Überwindung der Ausgrenzung und Benachteiligung aufgrund von Armut und sozialer Herkunft sowie bei der Schaffung inklusiver Ermöglichungsräume und Infrastrukturen.

DIE LINKE. fordert:

- institutionalisierte, kommunale Förderprogramme für von der Corona-Krise betroffenen Künstler*innen und Kulturschaffende außerhalb von Hartz IV und bessere soziale Absicherung durch eine Weiterentwicklung der Künstlersozialversicherung

- die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und Diversität in Kunst und Medien, insbesondere in Führungspositionen

- ein Entgegenwirken und Überwinden der Entgeltdiskriminierung beziehungsweise des Gender-Pay-Gaps (beschreibt das geschlechterspezifische Lohngefälle) in Kultur und Medien

- soziokulturelle Einrichtungen in den einzelnen Stadtteilen, um den Menschen in ihrem unmittelbaren Wohnbereich den Zugang zur Kultur zu ermöglichen, besonders auch im ländlichen Bereich

- die Unterstützung von freien Theater-, Musik- und Filmgruppen, selbstverwalteten Produktionshäusern und genossenschaftlichen Modellen

- die Förderung von wenig bekannten Kulturbewegungen zum Beispiel aus der Arbeiter*innen-, der Umwelt- und Anti-Atom-Bewegung

- Konzepte und Programme zur Förderung von Medienkompetenz sowie die Unterstützung offener Kanäle oder Lokalradios, um eine Medienvielfalt zu sichern

- den Erhalt und Ausbau vorhandener kultureller Einrichtungen und die Pflege des kulturellen Erbes

- insbesondere den Erhalt des kleinsten Dreisparten- (Schauspiel, Oper, Ballett) Theaters Deutschlands

- den Erhalt des kommunalen kollektiven Gedächtnisses in Form von Museen, Büchereien, Archiven, Theatern, Musik und Kunstschulen. Der Zugang zu diesen kann neue Denkanstöße und Perspektiven fördern.

- eine Verankerung der Kulturförderung im Grundgesetz, hin zu mehr institutioneller Förderung in allen Bereichen auf Bundesebene

Sport

Die sportliche Landschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten erheblich verändert. Neben dem traditionellen Wettkampf und Leistungssport in den Sportarten hat sich ein eigenständiger Bereich des Freizeit- und Gesundheitssports etabliert. Diesen Bewegungstätigkeiten liegen andere Motive und Zielsetzungen zugrunde: Spaß an der Bewegung, lebenslanges Sporttreiben, Erhalt der Fitness und Gesundheit, Begegnung und Kooperation sowie Wohlbefinden sind nur einige Aspekte. In einer immer bewegungsärmeren Arbeits- und Lebenswelt spielen Sport und Bewegung als „Bewegungskultur“ eine enorme Rolle. Sie sind untrennbarer Bestandteil der Selbstverwirklichung und Gesunderhaltung des Menschen. Dies bedeutet, dass sich DIE LINKE. zum Ziel setzt, bestehende Sport- und Bewegungsmöglichkeiten zu erhalten, auszubauen sowie neue Bewegungsmöglichkeiten bspw. durch die Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes „Bewegungsfreundliche Stadt“ zu schaffen.

Kein Mensch darf aufgrund von Abstammung, Nationalität oder Sprache, der wirtschaftlichen oder sozialen Lage, des Geschlechts, Alters oder aufgrund einer Behinderung von Sport und Bewegung ausgeschlossen werden. Unser Ziel ist es, das Sporttreiben für alle zu ermöglichen. Die Sportförderung muss ausgebaut werden. Dies schließt eine ausreichende Finanzausstattung ein. Wir brauchen insgesamt eine Infrastruktur, die Lust auf eine bewegungsaktive Lebensgestaltung macht.

Immer mehr Kinder haben motorische Schwierigkeiten oder keine Möglichkeit, das Schwimmen zu erlernen. Eine besondere Bedeutung messen wir daher dem Freizeit- und Gesundheitssport sowie der Bewegung für Kinder und Jugendliche bei. Alle Kinder müssen die Möglichkeit haben, schwimmen lernen zu können, ob im Hallen- oder Freibad, bzw. in öffentlichen Badeseen.

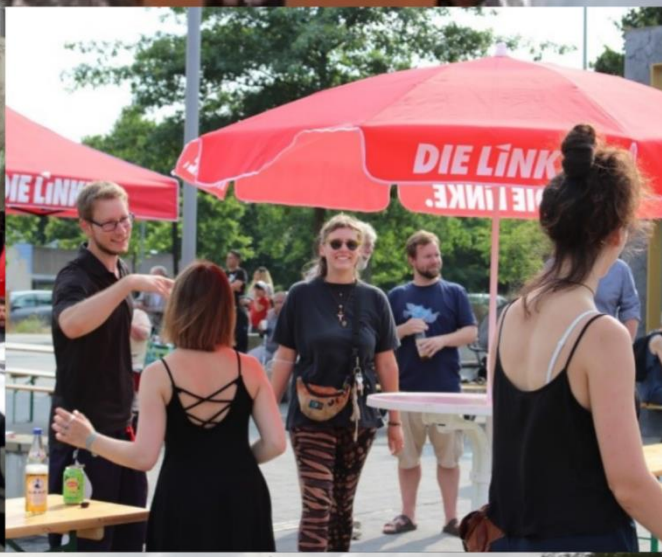
Der Sport spielt eine zentrale Rolle bei der Integration sowohl von Menschen mit Behinderung als auch von Menschen mit Migrationshintergrund, beim Abbau von Vorurteilen und bei der Vermittlung von Werten wie Toleranz, Respekt, Fairness und Völkerverständigung. Für DIE LINKE. ist Sport deshalb ein wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge. Sportvereine leisten einen wichtigen und

anderweitig nicht leistbaren Beitrag in der Kinder- und Jugendarbeit sowie in der Sozialarbeit. Die Sportvereine als Selbstorganisation der Sportler*innen können anders als kommerzielle Anbieter von Fitnessstudios auch einen wichtigen Beitrag zur Demokratie leisten. Die Sportstätten vom Bolzplatz, der Skateranlage über den Sportplatz bis hin zum Hallen- oder Freibad sind ein unverzichtbarer Teil der kommunalen Infrastruktur. Sport ist für uns kein Luxusgut, sondern für alle da.

DIE LINKE. fordert:

- die Entwicklung eines örtlichen inklusiven Sportstättenentwicklungsplanes mit dem Ziel vorhandene Sportflächen und -stätten zu erhalten, weiterzuentwickeln und auszubauen
- ausreichende Hallenzeiten in kommunalen Sporthallen und Schwimmbädern für die Sportvereine
- die Förderung des Breiten-, Freizeit- und Gesundheitssports sowie von „Randsportarten“
- die Einbettung von Vereinen bei der Gestaltung von Ganztagsunterricht
- Planungssicherheit für Vereine durch dauerhafte Förderung im Haushaltsplan
- den Zugang zu Sportstätten auch Menschen mit Einschränkungen zu ermöglichen, Barrieren im Sport abzubauen und besonders den Behindertensport zu fördern
- die Bezuschussung von Mitgliedsbeiträgen für Menschen mit geringen Einkommen und ihren Kindern
- Infrastrukturmaßnahmen in Richtung bewegungsfreundlicher (Lebens-)Räume wie Bereitstellung von Parks-, Freizeit- und Sportanlagen, Ausbau von Fußgänger*innen-Zonen und Radwegen und die Erweiterung des öffentlichen Nahverkehrs

Niedersächsisches
Polizeigesetz in die Tonne!


DIE LINKE

WASSER IST LEBEN

(Re-)Kommunalisierung und Mitsprache auf allen Ebenen

Bürger*innenbeteiligung

In vielen Kommunen herrscht die Tendenz nach den Wahlen von oben nach unten zu verwalten und anzuordnen bzw. mit zwei oder drei Fraktionen des Rates Beschlüsse vorzubereiten. Während Verwaltungsspitzen einen engen Draht zu lokalen Großbetrieben halten, finden lokale Initiativen und Gruppen nur schwer Gehör. Ehrenamtliches Engagement bereichert unser Leben und macht eine Kommune lebenswert. Gleichwohl ist es kein Ersatz für Leistungen, die die Kommunen nicht mehr erbringen können oder wollen. Das Engagement der Bürger*innen erfordert eine materielle, barrierefreie, soziale und kommunale Infrastruktur.

DIE LINKE. tritt für eine umfassende Förderung des ehrenamtlichen Engagements ein, um die Menschen zu befähigen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen.

DIE LINKE. möchte politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse öffnen und demokratisieren. Demokratie bedeutet mehr als nur Wahlen. Die Demokratie ist lebendig, wenn Beteiligung ermöglicht und gefördert wird. Kommunale Vertretungen und Verwaltungen sollten die gesetzlich bereits vorhandenen Möglichkeiten auf lokaler Ebene einrichten und umsetzen. Dies geht z. B. durch Beiräte, in denen Beteiligte und Fachleute ihre Kompetenz einbringen können und so Einfluss auf die Entscheidungsfindung nehmen können. Die Beteiligung von Bürger*innen an der Verteilung der Finanzen ist mit einem kommunalen Bürgerhaushalt möglich. Dafür gibt es viele Beispiele in Deutschland und der ganzen Welt.

DIE LINKE. fordert:

- eine gleichberechtigte, partnerschaftliche und barrierefreie Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und den Einwohner*innen auszubauen
- mit transparenten Beteiligungsverfahren und durch gezielte persönliche Ansprache in Stadtteilbüros, Einwohner*innentreffen und Vereinen Mitbestimmung zu fördern

- durch lokale Korruptionsregister und transparente Vergabepraktiken bei öffentlichen Aufträgen faire Vergaben zu gewährleisten
- eine gesetzliche Pflicht, dass mittel- und langfristige Planungen bereits im Vorfeld mit der Öffentlichkeit entwickelt und beraten und dann entschieden werden müssen
- eine gut ausgebaute Daseinsvorsorge, damit Ehrenamt nicht als Ersatz für öffentlich zu erbringende Leistungen ausgenutzt wird

Öffentliche Daseinsvorsorge

Die „öffentliche Hand“ ist verantwortlich für die öffentliche Daseinsvorsorge zur Bereitstellung der notwendigen Güter und Leistungen. Darunter fällt alles, was die Grundversorgung der Menschen garantiert: Schulen und Krankenhäuser, Wasser und Energie, Infrastruktur (z. B. Straßen) und Wohnungen. Betreuung und Pflege von Kranken und Senior*innen. Dazu gehört ein kulturelles Grundangebot, Betreuung, Förderung für Kinder, Jugendliche und Ältere und die Sicherung von Mobilität.

Lange herrschte die Meinung vor, dass private Unternehmen die öffentliche Daseinsvorsorge besser organisieren würden als die Kommunen. Die Folge war, dass viele Bereiche der Daseinsvorsorge privatisiert wurden. Von diesen Privatisierungen profitierten nur die Unternehmen und ihre Aktionär*innen. Für die Menschen vor Ort stiegen die Gebühren, obwohl die Qualität höchstens stagnierte.

DIE LINKE. fordert, den Trend umzudrehen und die öffentliche Daseinsvorsorge auszubauen. Aufgaben der Daseinsvorsorge müssen demokratisch verantwortet, organisiert und kontrolliert werden. Der Zugang zu diesen Diensten und Einrichtungen muss erschwinglich und diskriminierungsfrei sein. Dort wo Daseinsvorsorge in privater Hand betrieben wird, steht nicht mehr die Leistung für die Menschen im Vordergrund, sondern das Streben nach Gewinn.

Träger*innen der kommunalen Daseinsvorsorge sind nicht nur die Kommunen mit ihren Einrichtungen. Vielmehr erweitert sich der Kreis der Akteur*innen auf Vereine und Verbände. Die Koordination, Vernetzung und finanzielle Gewährleistung des Gemeinwohls sind wesentliche Aufgaben für die Kommunen.

Arbeitnehmer*innen, die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge ausführen, müssen zu guten Vertragsbedingungen beschäftigt werden. Dafür sind Gewerkschaften bei der Verhandlung von Tarifverträgen zu unterstützen und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen in den betreffenden Geltungsbereichen durch entsprechende Gesetzgebung auf Bundes- und Landesebene zu erleichtern. Privatisierungen und Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) sind auch in der Daseinsvorsorge keine Alternative, weil sie langfristig teurer sind, die Verschuldung verschleiern und zu Demokratieabbau führen. Zudem funktionieren sie nach dem alten neoliberalen Prinzip: Risiken zahlt die Gesellschaft, Gewinne fahren die Privaten ein.

DIE LINKE. fordert:

- die (Re-)Kommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Wasser- und Energieversorgung
- Versorgung mit Wohnraum in öffentlicher Hand
- die (Re-)Kommunalisierung von Krankenhäusern und Verkehrsbetrieben
- die Gestaltung von Tarifverträgen für Vereine und Verbände, die allgemeinverbindlich erklärt werden können
- den Ausstieg aus Aufträgen nach dem Prinzip der ÖPP – Öffentlich-Private Partnerschaften und kein Abschluss weiterer Verträge

Lokale Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik auf lokaler Ebene muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Wirtschaft muss dabei mehr sein als Standortmanagement und Unternehmenssubventionen. Nicht Standortkonkurrenz und Wettbewerb, sondern die Frage, wie ein gutes Leben für die Menschen sichergestellt werden kann, muss die Leitlinie kommunaler Politik sein. Die Corona-Krise stellt uns hier vor neue Herausforderungen: Dienstleistungen und Handel von kleinen Unternehmen sind fast zum Stillstand gekommen. Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit weiten sich aus. Der Versandhandel droht, die Innenstädte gravierend zu verändern. Hier muss linke Wirtschaftspolitik ansetzen.

Oberste Priorität in der Kommune sollte eine Beschäftigungspolitik haben, die gute Arbeit in das Zentrum stellt, statt ungesicherte, prekäre und unterbezahlte Beschäftigungen zuzulassen. DIE LINKE. setzt sich dabei gemeinsam mit den Beschäftigten und Gewerkschaften dafür ein, gute Arbeitsplätze zu schaffen und diese zu erhalten. Das Ziel muss also sein, Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die den Menschen gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe ermöglichen sowie ihre persönliche Entwicklung fördern, statt sie zu behindern.

Die Bereitstellung öffentlicher Gelder, die Vergabe öffentlicher Aufträge oder Preisnachlässe bei Grundstücksverkäufen knüpft DIE LINKE. an Bedingungen, die für die Mehrheit anstatt für Konzerne nützlich sind. Dazu gehören: Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, tarifliche Bindung, vertragliche Zusicherungen, Schaffung von Arbeitsplätzen, Frauenförderung, hohe ökologische Standards, Ächtung des Missbrauchs von Werkverträgen und Leiharbeit sowie Garantien für die Einstellung von Menschen mit Behinderungen.

Die Ansiedlung von Unternehmen und das Anwerben von Fachkräften sind durch eine Stärkung der sog. weichen Standortfaktoren möglich. Diese könnten etwa durch den Verzicht auf Elternbeiträge auch für Krippen und Horte verbessert werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Zur Wirtschaftsförderung gehören auch die Förderung und Bereitstellung eines attraktiven Kultur- und Freizeitangebotes. Daher setzt sich DIE LINKE. für eine Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe ein, möchte bestehende Genossenschaften und inhabergeführte Unternehmen stärken und durch bedarfs- und gebrauchswertorientierte Politik Ressourcen und die ökologischen Systeme schonen. Vorrang bei der Förderung sollten hierbei Genossenschaften, inhabergeführte Unternehmen mit guten Mitbestimmungsstrukturen und umgesetzten Tarifverträgen sowie öffentliche Rechtsformen haben. Regionale Wertschöpfungsketten binden zudem Kaufkraft und Geld in der Region und machen lange Transportwege überflüssig. Neben Kapital, das in innovative Produkte und Dienstleistungen investiert, die nicht klimaschädlich sind und gute Arbeitsbedingungen schaffen, benötigen Existenzgründer*innen vor allem Qualifikation, Kontakte und eine dem Unternehmenszweck entsprechende Infrastruktur. Hier können kommunale Gründungszentren hilfreich sein, die jungen Unternehmen preisgünstig Räume, Bürodienstleistungen und andere Infrastrukturleistungen anbieten. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE. für ein aktives (Leerstands-)Management von Innenstädten ein. Die Organisation von Gesprächsforen,

Wirtschaftstagen und lokalen Messen kann helfen, neue Kontakte zu vermitteln. Es ist notwendig, Unternehmen und Gewerkschaften daran zu beteiligen.

DIE LINKE. fordert:

- die Zusammenarbeit mit Beschäftigten und Gewerkschaften, um Tarifverträge und gute Arbeit zu etablieren
- eine vorausschauende Personalentwicklungsplanung in Kommunalverwaltungen und kommunalen Unternehmen
- die Förderung der Aus- und Weiterbildung für Jugendliche und Erwachsene durch die Bereitstellung von entsprechenden Plätzen
- den Ausbau von bedarfsgerechten und passenden Qualifizierungsangeboten
- die Förderung von Gründungszentren
- die Bindung von öffentlichen Förderungen an soziale- und ökologische Bedingungen wie Tarifbindung
- Stärkung der Zusammenarbeit unterschiedlicher Gemeinden und Kommunen in der Nachbarschaft durch gemeinsame Regionalentwicklungspläne
- die Gründung von Genossenschaften insolvenzgefährdeter Unternehmen und kollektive Übernahme durch die Belegschaften ist zu fördern

Finanzen

- Für DIE LINKE. steht fest: Die chronische Unterfinanzierung von Kommunalhaushalten hängt mit steuerpolitischen Weichenstellungen auf Bundes- und Landesebene zugunsten der Vermögenden zusammen. Der Verzicht auf die Vermögenssteuer, das Ausbleiben einer ausreichenden Besteuerung hoher Einkommen, Gewinne und Erbschaften führt ständig zu einem Anwachsen privaten Reichtums in den Händen von Wenigen bei gleichzeitiger öffentlicher Armut. Diese Situation hat Corona weiter verschärft. DIE LINKE. wehrt sich gegen Streichungen

freiwilliger Leistungen der Kommunen. Kultur und Freizeitangebote sowie soziale Leistungen müssen erhalten werden.

- Fußgänger*innen, Fahrradfahrer*innen, Busse und Bahnen brauchen mehr Platz. Außerdem muss den Kommunen eine höhere Kreditaufnahme gestattet werden, damit die Kommunen handlungsfähig bleiben und werden.

- DIE LINKE. fordert:

- die Landesregierung auf, ihre Zuweisungen deutlich zu erhöhen, damit die Kommunen die notwendigen Investitionen in die kommunale Infrastruktur tätigen können und damit Kindergärten gebaut, Schulen saniert und die Straßen neu aufgeteilt werden können

- den Erhalt und Ausbau der kommunalen Daseinsvorsorge und freiwilliger Leistungen vor allem in den kulturellen, sozialen, ökologischen und bildungspolitischen Bereichen

- höhere Investitionen der Kommunen in soziale und ökologische Projekte

- den Einsatz unkonventioneller Steuermodelle wie eine Leerstandssteuer und Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftssteuer, die auch für Freiberufler gilt

- die Überprüfung aller kommunalen Geldanlagen auf ethische und ökologische Vertretbarkeit und gegebenenfalls Lenkung in entsprechende Richtung insbesondere bei den Sparkassen

- die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen für Anwohner*innen

Digitalisierung

Gutes und kostenfreies Internet gehört für DIE LINKE. zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Digitale Armut ist ein weiteres unterschätztes Thema. Menschen mit wenig Einkommen sind oft vom Internet – und damit auch von gesellschaftlicher Teilhabe – ausgeschlossen. Das hat sich auch beim „Homeschooling“ – also der

Unterrichtsteilnahme von zuhause aus – gezeigt. Vielen Menschen fehlt auch das Geld für die notwendige Hard- und Software.

Die Coronapandemie hat viele Menschen ins Homeoffice gezwungen. Die teilweise schlechten Internetverbindungen offenbarten vielen Menschen den schlechten Zustand unserer digitalen Infrastruktur. Dieser Zustand gefährdete bereits vor der Pandemie Arbeitsplätze, vor allem in ländlichen Räumen. Inzwischen sind zum Beispiel auch Handwerksbetriebe auf eine gute Internetverbindung angewiesen, die sie oft nicht vorfinden.

Viele Kommunen nutzen teure Software, obwohl kostengünstige und kostenfreie Alternativen bestehen. Die Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen entlastet viele Menschen und spart Zeit. Dazu müssen Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen bei der Neugestaltung beteiligt werden und mitbestimmen. Jedoch darf die Digitalisierung nicht zur Verdrängung von Angeboten der Ämter für Bürger*innen und Verwaltungen führen.

Die Kommunen statten Schulen, Kindergärten und andere pädagogische Einrichtungen immer weiter mit moderner Technik aus. DIE LINKE. begrüßt die Entwicklung, sieht aber kritisch, dass pädagogische Konzepte fehlen. Die Mitarbeiter*innen brauchen nicht nur technische, sondern vor allem auch medienpädagogische Kompetenzen, um den Kindern und Jugendlichen einen guten Umgang mit Medien beibringen zu können.

DIE LINKE. fordert:

- die schrittweise Überführung der digitalen Ausstattung zu sicheren und offenen Programmen
- den Ausbau der digitalen Infrastruktur unter kommunaler Regie
- die Ausstattung öffentlicher Gebäude, Plätze und Räume mit frei zugänglichem Internet
- medienpädagogische Konzepte für die technischen Modernisierung in Bildungseinrichtungen
- den Ausbau digitaler Angebote für Verwaltungsvorgänge bei Aufrechterhaltung persönlicher Angebote in den Ämtern

Öffentliche Sicherheit durch Prävention

Hinsichtlich der Bearbeitung des Themenfeldes „Gewalt“, ist sich die DIE LINKE. bewusst, dass an den strukturellen Ursachen der Gewaltentstehung angesetzt werden muss. Diese strukturellen Ursachen machen wir aus in Lebensbedingungen, deren Kontrolle den Menschen entzogen ist, beziehungsweise denen sie ausgeliefert sind. Die Bearbeitung dieser Problematiken kann nicht nur auf kommunaler Ebene geschehen, sondern stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar.

Die kommunale Ebene ist unter anderem damit konfrontiert, dass der gefährlichste Ort für Frauen und Kinder immer noch die eigenen vier Wände sind. Die meiste Gewalt passiert durch das unmittelbare Umfeld.

Aktuelle Zahlen für den Kreis Lüneburg belegen die Notwendigkeit, Frauen in Notlagen einen sicheren Ort zu bieten. Aufgrund zu geringer Kapazitäten des Lüneburger Frauenhauses, mussten im Jahr 2020 306 Anfragen von Frauen und Kindern abgelehnt werden.

Die meiste Gewalt erfahren Menschen, denen selbst Gewalt unterstellt wird: Obdachlose und geflüchtete Menschen. Gewalt ist in erster Linie eine Folge von ungelösten sozialen Problemen. Politiker*innen anderer Parteien nutzen das Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung nicht selten für demagogische Vorstöße, um nach mehr Polizeipräsenz zu rufen, Rechter der Bürger*innen zu beschneiden oder sich öffentlich gegen Minderheiten zu stellen.

DIE LINKE. sieht kommunalpolitisch vor allem die Aufgabe, durch Sozialpolitik präventiv tätig zu sein, also gesellschaftliche Strukturen zu schaffen, welche Menschen möglichst vor Gewalt schützen. Gleichzeitig sollen diese Strukturen Menschen unterstützen sowie sie dazu befähigen ihre Handlungsfähigkeit gegenüber Gewalt zu erweitern.

Viele Menschen empfinden Angst, wenn sie abends durch Parks laufen oder nach Hause gehen. DIE LINKE. fordert ein umfassendes Sicherheitskonzept in dem sozialpädagogische Angebote Vorrang vor polizeilichen und ordnungspolitischen Maßnahmen haben. Die Kameraüberwachung auf öffentlichen Plätzen und die Übertragung polizeilicher Aufgaben auf private Sicherheitsdienste sind ein Angriff auf unsere Bürger*innenrechte und verdrängen Probleme, anstatt sie

zu lösen. Öffentliche Sicherheit werden wir nur schaffen können, wenn wir soziale Sicherheit gewährleisten sowie diese mit einem gut ausfinanzierten und passenden sozialpädagogischen Konzept begleiten.

DIE LINKE. fordert:

- Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit zur aktuellen Sicherheitssituation und das Vermeiden von Stereotypen
- infrastrukturelle Maßnahmen wie Straßenbeleuchtung mit Bewegungsmeldern
- gut ausgestattete und dem Bedarf angemessene Frauenhausplätze
- personell und finanziell gut ausgestattete Jugendämter und Beratungsstellen für Gewaltopfer
- gut ausgestattete Drogenberatung und Jugendarbeit und Aufklärung über Drogen

Original Sozial
DIE LINKE.

CLEVER!
Gute Bildung
und KiTa-Plätze
für alle!
DIE LINKE.
www.dielinke-leipzig.de

Gute Bildung für alle – ein Leben lang!

Die soziale Herkunft von Kindern und Jugendlichen bestimmt in Deutschland in hohem Maße ihren Schulerfolg und damit auch über ihre Möglichkeiten im Leben. Bestehende soziale Ungleichheiten werden vom deutschen Schulsystem nicht abgebaut, sondern im Gegenteil, sogar noch vertieft. So sind viele Schüler*innen einer Situation ausgesetzt, in der sie in den Schulen nach sozialer Herkunft sortiert werden. Für viele Kinder und Jugendliche bedeutet das, kaum eine Perspektive für ihr Leben geboten zu bekommen.

Bildung allen zu ermöglichen, ist die Grundvoraussetzung für die mündige Teilhabe an unserer Gesellschaft. Durch Bildung eignen wir uns gemeinsam diese Welt an und können sie so im Sinne eines friedvollen, sozialen und solidarischen Zusammenlebens gestalten. Jedoch ist nicht nur der Zugang zu Bildung entscheidend. Die Rahmenbedingungen der Bildung müssen dafür sorgen, dass Schüler*innen Chancen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, einer Behinderung, der ethnischen Herkunft oder des Glaubens erhalten. Bildung öffnet Tür und Tor sowohl für die persönliche Entfaltung als auch für das Berufsleben und muss daher allen gleichberechtigt zur Verfügung stehen. Gleichzeitig haben wir den Anspruch an Schulen, demokratische Prinzipien vorzuleben und Schüler*innen Mitbestimmung und Mitgestaltung zu ermöglichen.

Kinder und Jugendliche

Junge Menschen verbringen einen Großteil ihrer Zeit in Organisationen, die außerhalb der schulischen Bildung liegen – wie Sportvereine, Jugendverbände oder Jugendzentren. Sie engagieren sich in Vereinen und sind Teil von Freundeskreisen. Gerade der Grundsatz der Freiwilligkeit dieses selbstbestimmten und selbstorganisierten Bildungsbereichs besitzt für Jugendliche einen besonderen Reiz und Stellenwert in dieser besonderen Phase der Ablösung von der Familie. Hier können Jugendliche ohne Sanktionsdruck, selbstbestimmt, erfahrungs- und bedürfnisorientiert miteinander lernen.

Jugendliche aller Alterststufen und Herkünfte bilden in den Jugendverbänden und -zusammenschlüssen Sympathie- und Neigungsgruppen, die es innerhalb der Schule in dieser Vielfalt nicht gibt. Es werden wichtige soziale Erfahrungen im Umgang miteinander gemacht. Die Jugendverbandsarbeit bietet auch einen Schutzraum für Jugendliche, in dem sie niedrigschwellig und von Erwachsenen

unbewertet Probleme und jugendrelevante sowie -spezifische Themen ansprechen können, wie es in anderen Bildungsräumen kaum möglich ist.

DIE LINKE. fordert:

- eine gute personelle und sachmittelbezogene Ausstattung von Einrichtungen der Jugendarbeit und Öffnungszeiten, die den jeweiligen Anforderungen entsprechen
- die Schaffung von Jugendräumen, in denen sie sich treffen und Zeit verbringen können sowie die Schaffung eines Lüneburger Jugendzentrums
- den Ausbau öffentlicher Freizeitangebote wie Bolzplätze, Skateranlagen, Basketballplätze, Proberäume, insbesondere in Gebieten mit sozialen Brennpunkten
- die finanzielle Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendarbeit durch eine Jugendfördersatzung, die es Jugendverbänden und Gruppen erlaubt, große Teile ihre Kosten erstatten zu lassen
- die projektunabhängige Ausfinanzierung der Jugendarbeit in Lüneburg, um unsichere Beschäftigungsverhältnisse zu beenden und eine kontinuierliche und planbare Jugendarbeit zu ermöglichen
- die Förderung der eigenständigen Vertretung von Jugendverbänden durch die finanzielle und personelle Förderung von Kreis- und Stadtjugendringstrukturen

Kinder und Jugendpartizipation

Die derzeit diskutierten und bereits in der Umsetzung befindlichen Versuche, Kinder und Jugendliche einzubeziehen, gehen über das Informieren und Abfragen von Wünschen und Problemen nicht hinaus. Wirkliche Beteiligung braucht aber einen verstetigten und wirkmächtigeren Rahmen, als das unverbindliche äußern von Kritik und Wünschen, bei dem dann letztlich die Verantwortung weiterhin bei den Handelnden aus „Politik“ und Verwaltung bleibt. Kinder und Jugendliche wollen nicht nur befragt werden, sie wollen teilhaben, mitwirken, mitbestimmen und nicht nur zuschauen bei den Entscheidungen zu ihren Belangen.

Sie brauchen selbstorganisierte Freiräume, um sich zu entwickeln und echte Mitbestimmung und Zutrauen, um sich in die Gesellschaft einbringen zu können.

DIE LINKE. fordert:

- den Einbezug der Jugendlichen in die Verwaltung von Jugendfreizeiteinrichtungen bis hin zur Selbstverwaltung
- den Aufbau und die Unterstützung von Jugendparlamenten, -räten und -foren, welche in jugendrelevanten Themen mit Entscheidungsbefugnissen eingebunden werden
- die Einrichtung von Jugendbudgets, über dessen Verwendung allein Jugendliche entscheiden
- die Senkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 14 Jahre per Landesgesetz

Kinderarmut

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft einer jeden Gesellschaft. Doch leider sind ihre Entwicklungschancen stark von den finanziellen Rahmenbedingungen ihrer Eltern vorbestimmt.

Die Zahl der in Armut aufwachsenden Kinder steigt ständig. Diese Armut und die damit verbundenen prekären Lebensbedingungen führen zu der Erfahrung von gesellschaftlicher Diskriminierung schon im frühesten Alter. Auch die gegenteilige Erfahrung von Privilegierung durch Herkunft gefährdet die soziale Entwicklung und fördert Elitedenken. Kinder brauchen unabhängig vom Einkommen der Eltern gleiche Entwicklungschancen.

DIE LINKE. fordert:

- stärkere Unterstützung im Bereich tätiger demokratischer Selbsthilfe-Initiativen
- die Gewährleistung ausreichender kostenloser Hausaufgaben- und Nachhilfeangebote sowie die Einrichtung eines kommunalen Topfes, welcher die Finanzierung dieser Leistungen ermöglicht

- die gezielte Förderung elterlicher pädagogischer Kompetenzen
- dass Stadt- und Landkreis zusammen mit den Gewerkschaften und Sozialverbänden jährlich einen Armutsbericht unter besonderer Berücksichtigung der Kinderarmut erstellen und veröffentlichen
- dass die Stadt Lüneburg die bisher in Deutschland nicht im Grundgesetz verankerte UN-Konvention der Rechte von Kindern anerkennt und einen Plan erarbeitet, wie konkrete Schritte zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention aussehen könnten
- die finanzielle Gleichstellung von Kindern, deren Eltern Leistungen wie Hartz 4 beziehen
- die Sicherstellung der kulturellen Teilhabe von in Armut lebenden Kindern, da der Zugang zu Kultur als Grundrecht betrachtet wird

Kitas und Krippen

Gemeinsam mit Eltern, Erzieher*innen und Gewerkschaften konnten wir durchsetzen, dass seit August 2018 ein Großteil der Kitagebühren weggefallen ist. Noch gibt es aber zu viele Ausnahmen von der Beitragsbefreiung. Gerade die frühkindliche Bildung spielt in der Entwicklung von Kindern eine wichtige Rolle. Für DIE LINKE. ist klar: Kitas und Krippen gehören flächendeckend ausgebaut, qualitativ ausfinanziert und gebührenfrei bereitgestellt.

DIE LINKE. fordert:

- die bedarfsgerechte Ausweitung der Plätze und Öffnungszeiten der Kitas
- die pädagogische Aufwertung der Kindertagesstätten (Kitas) und verbindliche Vorbereitung auf das Schulleben
- gebührenfreie Krippen- und Kitaplätze ohne Ausnahmen
- gebührenfreie, gesunde und warme Mittagsverpflegung in allen Kitas, möglichst aus regionaler Herkunft

Schulen

Schulen sind in Lüneburg flächendeckend unterfinanziert. Lehrkräfte fehlen, viele Fachkräfte werden in Teilzeit gehalten und Schulgebäude sind gefährlich sanierungsbedürftig, wie in der Coronakrise deutlich geworden ist. Gemeinsam mit Gewerkschaften konnten wir Druck dafür machen, dass sich die Arbeitssituation gerade für in Teilzeit gehaltene Lehrkräfte und somit auch die Qualität der Bildung verbessert. Der Bildungserfolg eines Kindes darf zudem nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Für DIE LINKE. hat Bildung die oberste Priorität.

DIE LINKE. fordert:

- wohnortnahe Schulen, also „kurze Wege für kurze Beine“, und einen Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel wie etwa Schulbusse
- Förderung von integrierten Gesamtschulen (IGS), zur Überwindung des gegliederten Schulsystems
- gebührenfreie, gesunde und warme Mittagsverpflegung an allen Schulen, möglichst aus regionaler Herkunft
- mehr Sozialarbeiter*innen in sicheren Beschäftigungsverhältnissen an allen Schulformen sowie mehr Schulen mit inklusivem Unterricht
- die Verkleinerung der Klassen und die dafür notwendige Anstellung von zusätzlichem Lehrpersonal, um eine bessere individuelle Begleitung der Kinder und ein angemessenes Arbeitspensum der Lehrenden zu gewährleisten
- vom Land Niedersachsen: kostenlose Lernmittel für alle Schüler*innen
- ein Sanierungsprogramm für baufällige Schulen und den Einbau von ausreichenden Belüftungsanlagen
- Förderung der Inklusion durch ausreichendes pädagogisches Personal
- Hinreichende Ausstattung der Schulen mit Computern und die Bereitstellung von W-Lan-Zugängen

- Qualifizierung des Lehrpersonals im Umgang und mit der Anwendung mit digitalen Medien
- dass die von Konzernen unentgeltlich zur Verfügung gestellten Lehrmittel inhaltlich nicht im Eigeninteresse der Konzerne gestaltet sein dürfen
- das Verbot von Kriegswerbung durch die Bundeswehr an Schulen

Hochschulen und Universitäten

Wissenschaft, Studium und Forschung bereichern unsere Kommunen wirtschaftlich, sozial sowie kulturell. DIE LINKE. setzt sich ein für die Verbesserung des universitären Umfelds und für die Kooperation zwischen Kommune und Hochschule im Sinne einer gemeinsamen sozialen sowie kulturvollen Entwicklung der Kommunen.

DIE LINKE. fordert:

- eine allgemeine Öffnung der Hochschulen, sodass jede*r Interessierte auch ohne Immatrikulation die Möglichkeit hat, Vorlesungen und Seminare als Gast zu besuchen. Außerdem sollen Hochschulen zusammen mit den Volkshochschulen kostenfreie Bildungsangebote erarbeiten, die sich an ein breites Publikum und besonders auch an Berufstätige und Erwerbslose im Sinne der Weiterbildung richten
- den Erhalt von Mitspracherecht von Stadt und Kreis in Hochschul- und Stiftungsräten
- dass der Schüler*innentag und die Kinderuni ausgebaut und intensiviert werden. Noch stärker sollte die Attraktivität der Universität für regionale Abiturjahrgänge ausgebaut werden
- eine Änderung der Nutzungsprioritäten der Räumlichkeiten der Universität, sodass universitäre und öffentliche Nutzung vor kommerzieller Nutzung Vorrang haben
- dass die verfasste Studierendenschaft (AStA) als Trägerin öffentlicher Belange von Stadt und Landkreis anerkannt wird

- die Einführung einer Zivilklausel an der Leuphana Universität Lüneburg, um Rüstungsforschung zu verhindern. Wissenschaft soll im Dienst des Friedens und der Verbesserung des menschlichen Lebens stehen

Ausbildung und Weiterbildung

Um allen Ausbildungsplatzsuchenden die Möglichkeit der Auswahl zu gewähren, müssen mehr Stellen angeboten werden, als Bewerber*innen vorhanden sind. Weiterbildung ist zudem ein Recht in allen Lebensbereichen. Weiterbildung stärkt nicht nur die regionale Wirtschaft, sondern ist vor allem Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe.

DIE LINKE. fordert:

- eine stark erhöhte Ausbildungsquote in den Kommunen und kommunalen Betrieben

- den Ausbau der Volkshochschulangebote mit kostenfreien Kursen für Menschen mit geringem Einkommen, insbesondere im Bereich der beruflichen Fortbildung

- öffentliche Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen, Bibliotheken, Musikschulen und andere Kultureinrichtungen finanziell zu stärken

- Weiterbildungsangebote und Kultureinrichtungen mit Sozialtarifen bis hin zum kostenfreien Eintritt, für alle zugänglich zu machen

Demokratisierung der Bildung

Wir wollen die Demokratisierung der Kitas, der Schulen und aller anderen Bildungseinrichtungen. Hier wirken Kinder, Erzieher*innen, Eltern, Schüler*innen, Lehrer*innen und pädagogisches Fachpersonal gleichberechtigt mit. Stets müssen die Betroffenen in der Entscheidungsfindung und bei Entscheidungen, die den Bildungsalltag betreffen, eingebunden werden. Nur so können Menschen lernen, sich verantwortlich zu fühlen, sich einzumischen, sich an Entscheidungen beteiligen zu wollen, unterschiedliche Interessen auszuhandeln und gemeinsame Lösungen zu finden. Ziel der LINKEN. sind demokratische Kitas, Schulen sowie Hochschulen. Demokratie muss von Kindesbeinen an erlern- und erlebbar sein.

DIE LINKE. fordert:

- die Einrichtung von Kita-Versammlungen sowie Schul- und Hochschulkonferenzen mit Entscheidungsbefugnissen für alle Beteiligten
- die Anpassung des gesetzlichen Rahmens, sodass in Bildungseinrichtungen Mitgliederversammlungen und Entscheidungsorgane fest verankert sind
- die Stärkung von Schüler*innenvertretungen und deren feste Einbeziehung in die Gremien der kommunalen Politik
- mehr Mitsprache bei der Gestaltung von Lehrplänen gegenüber dem Kultusministerium des Landes

SYSTEM CHANGE
NOT CLIMATE CHANGE

JUNG + ALT
gemeinsam
für mehr
Klimaschutz!

Bus & Bahn:
Flächendeckend, umweltfreundlich und kostenfrei!
DIE LINKE.

Sonderfahrt
DIE LINKE.

Energiewende sozial und gerecht gestalten!
DIE LINKE.
www.die-linke.de

Erhalt unserer Umwelt und nachhaltige Mobilität

Die derzeitige Umwelt- und Klimapolitik bedarf dringender Änderungen. Der Klimawandel, die seit Jahrzehnten rücksichtslos vorangetriebene Nutzung von natürlichen Rohstoffen, belasten unsere Lebensgrundlage immer stärker. Insbesondere Unternehmen nutzen die Atmosphäre und Umwelt, um ihre Abfälle zu entsorgen, die Kosten und Folgen werden von der Allgemeinheit getragen. Beispielhaft kann hier auf die Überdüngung von landwirtschaftlichen Flächen durch die industrielle Landwirtschaft und die damit einhergehende Belastung des Grundwassers verwiesen werden. Auf kommunaler Ebene sind die Mobilitäts-, Bau-, Landwirtschafts- und Energiepolitik weder sozial noch nachhaltig. In ehemaligen Grüngebieten wird mit Einfamilienhäusern am sozialen und ökologischen Bedarf vorbei gebaut, die Anbindung wird hauptsächlich über das Auto statt den ÖPNV gewährleistet. Anstelle eines weitsichtigen und verantwortlichen Umgangs mit regionalen Ressourcen, wird Lüneburger Wasser zu Spottpreisen privatisiert – trotz der sich abzeichnenden Wasserknappheit.

Gegen diese Politik wächst der Widerstand in der Bevölkerung. Die Klima- und Umweltbewegung macht Druck auf die Politik. Auch wenn Jugendliche und Aktive viel Lob für ihr Engagement erfahren, bleibt die Politik bei ihren alten Denk- und Handlungsmustern. DIE LINKE. trägt den Druck der Klima- und Umweltbewegung in die Räte. Umweltschutz ist kein Luxus, sondern zentrale Voraussetzung unserer Gesundheit, unserer Lebensqualität und zur Gewährleistung von Generationengerechtigkeit. Der Ökonomisierung von Luft, Wasser, Erde, aber auch von Mobilität und Energie tritt die LINKE entschlossen entgegen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu der Natur nicht das Privileg einiger Weniger ist, sondern allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung steht. Wir streben ein Lüneburg an, in dem das Recht auf Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe nicht im Widerspruch zu der Natur steht. Wir setzen uns ein dafür, dass das Recht auf Wohnen in Einklang gebracht wird mit den Anforderungen ökologischer Nachhaltigkeit. Eine Landwirtschaft, die nicht gegen, sondern mit der Natur arbeitet ist schon heute möglich. DIE LINKE. steht für den Schutz der Natur und die Demokratisierung ihrer Nutzung. Es wird immer deutlicher, dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung die Ursache der globalen Umweltkrisen ist. Sie ist aufgrund ihres Zwanges zu Wachstum und Profit nicht in der Lage, zu einem nachhaltigen Umgang mit Natur und Mensch zu gelangen. Dies können

wir nur durch eine Wirtschaft erreichen, die sich nicht an Wachstum und Profit, sondern an den Bedürfnissen von Mensch und Natur orientiert.

Klima

Die genannten grundlegenden Probleme können nicht auf kommunaler Ebene gelöst werden. Die Kommunalpolitik kann aber ihre durchaus bestehenden Handlungsspielräume ausnutzen, um einen wirksamen Beitrag zu der Bewältigung der Klimakrise zu leisten. Sie kann das Interesse des Allgemeinwohls höher gewichten als die Sonderinteressen privater Eigentümer von Grundstücken und Produktionsmitteln.

DIE LINKE. fordert:

- Klimaschutzprogramme für Lüneburg und deren Umsetzung. Stadt und Landkreis müssen bis spätestens 2030 klimaneutral gestaltet werden. Wir unterstützen den Klimaentscheid

- flächensparende Bauleitplanung und Rückbau von versiegelten Flächen

- klimafreundliche Bebauungspläne mit der Festschreibung von Dachbegrünungen und ein schrittweise einzuführendes Verbot fossiler Heizsysteme zugunsten umweltfreundlicher Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen

- Photovoltaikanlagen und Dachbegrünungen auf öffentlichen Gebäuden sowie schrittweise auch auf industrie-, landwirtschaftlichen Gebäuden, Supermärkten und Privatgebäuden. Dazu ist die Bauordnung zu ändern. Auf Flachdächern und leicht geneigten Dächern müssen PV Anlagen und Dachbegrünung gemeinsam vorgesehen werden

- Wärmerückgewinnung aus Abwasser und Abwärme industrieller Prozesse

- Hitzeschutzinseln, Frischluftschneisen und Begrünung der besiedelten Flächen durch sogenannte „Pocket-Parks“ (städtischer Freiraum, der gärtnerisch gestaltet ist)

- massives Aufforsten von gegen Hitze und Trockenheit unempfindlicheren Laubbäumen beziehungsweise Mischanpflanzungen als Kühlungsfaktor und CO2-Speicher, im Stadtgebiet und auf bisher unbebauten Flächen
- die Schaffung von Baumschutzsatzungen
- die behördliche Durchsetzung des Verbots des Anlegens von Schotterflächen auf Privatgrundstücken gemäß § 9 NBauO
- ausreichende Regenrückhaltebecken und Verdunstungsflächen
- die Erhaltung von Mooren und die Wiederbenässung von trockengelegten Mooren
- ehemalige Torfabstiche zu renaturieren, wieder zu bewässern und auszuweiten
- den Aufbau von Biogasanlagen in kommunalen Abfallwirtschaftsbetrieben
- die Entwicklung kommunaler Ernährungsstrategien auf der Basis von Regionalität, Nachhaltigkeit, fairen Produktionsbedingungen und gesundem Essen unter Einbeziehung öffentlicher Mensen sowie die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und überflüssiger Verpackung

Der Mensch kann nur mit und nicht gegen die Natur leben

Die Menschen haben die Natur so weit verändert, dass durch die damit verbundene Zerstörung von natürlichen Lebensräumen, die Artenvielfalt bedrohlich zurückgegangen ist. Auch in Lüneburg hat sich das Artensterben beschleunigt. Besonders die konventionelle Landwirtschaft hat dazu beigetragen, dass in den letzten 40 Jahren 50% der Tierarten ausgestorben sind.

DIE LINKE. fordert:

- die konsequente Umsetzung von Naturschutzrichtlinien durch die unteren Naturschutzbehörden
- die Kontrolle bei der Umsetzung des niedersächsischen Wegs (verbesserter Natur-, Arten- und Gewässerschutz) durch die unteren Naturschutzbehörden, um mehr Vielfalt in der Landschaft z.B. durch Blühstreifen, Hecken und natürliche Gewässerrandstreifen zu erreichen
- eine naturnahe Waldbewirtschaftung kommunaler Forste
- das Verbot von Pestiziden (wie Insektizide, Herbizide, Fungizide) und chemischem Dünger in der Landwirtschaft auf kommunalen Flächen
- eine kommunale Förderung landwirtschaftlicher Betriebe, die auf ökologische Landwirtschaft und regionale Vermarktung umstellen wollen

ÖPNV und Verkehr

Für den motorisierten Individualverkehr und den Ausbau von Straßen werden zu viele Mittel verwendet, während der Nahverkehr nach wie vor unattraktiv und zu teuer ist. In den letzten zehn Jahren sind in Niedersachsen bis zu 17% mehr Autos zugelassen worden. E-Autos stellen keine Verkehrswende dar, sondern verfestigen die ökologisch und sozial widersinnige Bevorteilung des Autos. Viele Bahnstrecken warten immer noch auf ihre Reaktivierung. Der Bau von Autobahnen wie der A39 oder der A20 werden vorangetrieben. Das ist Ausdruck verfehlter Verkehrspolitik. DIE LINKE. übt in den Räten auch Druck auf die Landes- und Bundespolitik aus.

Wir möchten das Auto aus unseren Städten und Gemeinden zurückdrängen – aber nicht die Menschen. Wer im ländlichen Raum lebt, sieht selten einen Bus oder einen Zug. Viele Menschen bleiben auf das Auto angewiesen. Das wiederum führt zu verstopften Straßen und Städten. Der Verkehr ist immer noch eine CO2-Schleuder. Schuld sind nicht die Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind, sondern die Politik, die seit Jahrzehnten das Auto einseitig bevorzugt und den Nahverkehr ausdünnt. DIE LINKE. kämpft zusammen mit der Klima- und Umweltbewegung für eine soziale und ökologische Verkehrswende. Mobilität ist ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge, der nicht vom

Geldbeutel abhängen darf. Unser Ziel ist, die Verkehrsvermeidung und einen Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) oder das Fahrrad zu fördern. Wir streben daher einen kostenfreien, schienengestützten, taktstarken und flächendeckenden Nahverkehr an. Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen gehören gegenüber dem Auto bevorzugt. Den Trend zu Pedelecs begrüßen wir.

DIE LINKE. fordert:

- die Angebotserweiterung des ÖPNV durch engere Taktzeiten, eine bessere Anbindung der Fläche auch am Abend und am Wochenende sowie ein verbessertes Angebot von öffentlichen Ruf-Taxis
- die Mittel für den Straßenbau umzuwidmen zur Förderung des entgeltfreien ÖPNV
- die weitgehende Sperrung des Innenstadtbereiches für den motorisierten Individualverkehr, parallel zum Ausbau des ÖPNV
- die Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken. Hier insbesondere die Strecken Lüneburg - Bleckede und Lüneburg – Amelinghausen – Soltau
- die Überführung des ÖPNV in die öffentliche Hand sowie die Gründung einer entsprechenden Gesellschaft des Landkreises
- eine neue Fähre für die Anbindung des Amtes Neuhaus
- die Umsetzung der HVV-Standards bei der KVG

Nahverkehr für alle bezahlbar

Mobilität ist ein Grundbedürfnis aller Menschen und eine Voraussetzung, um im vollen Umfang am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Oftmals können insbesondere arme Menschen aufgrund der hohen Kosten von Mobilität diese nicht oder nur eingeschränkt nutzen. Auch Menschen mit Behinderung sehen sich in dieser Hinsicht mit vielfältigen Problemen konfrontiert. Hier gilt es anzusetzen, um das Recht auf Mobilität unabhängig von Geldbeutel und körperlicher Verfassung wahrnehmen zu können.

DIE LINKE. fordert:

- die sofortige Einführung eines Sozialtickets für Hartz-IV-Betroffene, Geflüchtete und weitere Empfänger*innen von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II, SGB XII), Wohngeldgesetz und Asylbewerberleistungsgesetz sowie Kinderzuschlagsberechtigte zum Preis von maximal 25 Euro monatlich

- den Rechtsanspruch auf Beförderung im Nahverkehr für alle Menschen, die auf Hilfsmittel angewiesen sind oder Einschränkungen haben

- die Integration der Rufbusse in den ÖPNV

- die entgeltfreie Nutzung der Fähre für die Bewohner*innen aus dem Amt Neuhaus. Niemand soll „Eintritt“ zahlen müssen, um in den Restkreis zu gelangen

- eine unabhängige Beschwerdestelle für ÖPNV-Leistungen (mit entsprechender Rückmeldung an die beschwerdeführende Person)

- die Einführung eines entgeldfreien Nahverkehrs für alle Menschen im Landkreis

Umweltfreundlicher Nahverkehr

Der Lüneburger ÖPNV muss für eine soziale und ökologische Zukunft fit gemacht werden. Das Radwegenetz ist in seinem jetzigen Zustand weder ausreichend noch für zunehmenden Radverkehr geeignet.- Städte sind stark von Automobilität geprägt, während andere Fortbewegungsarten nachrangig behandelt werden. Um eine Entwicklung hin zu umweltfreundlicheren Formen der Mobilität zu ermöglichen, müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen.

DIE LINKE. fordert:

- die Anschaffung von umweltfreundlichen, energiesparenden und barrierefreien Klein- und Niederflurbussen
- die verstärkte Ausweisung von Tempo-30-Zonen
- ein engmaschiges Radwegenetz und ein komfortables, sicheres und geschlossenes Fußwegenetz, um die Attraktivität des Fahrradfahrens und Zufußgehens zu erhöhen
- Radwege auf viel befahrenen Straßen. Eine Fahrspur gehört dem Rad
- keinen weiteren Ausbau der A39

Ökologische Abfallwirtschaft

Meere und Gewässer ersticken im Plastikmüll, giftige Bestandteile aus Verpackungen reichern sich in Pflanzen und Lebensmitteln an, über Müllverbrennungsanlagen werden Giftstoffe an die Luft abgegeben. Als Kommune können wir einiges tun, um den anfallenden Müll deutlich zu verringern und den unvermeidbaren Abfall umweltfreundlich und sicher zu entsorgen.

DIE LINKE. fordert:

- Müllvermeidung und Recycling statt Umweltvermüllung und -vergiftung
- schärfere Kontrollen der Industriebetriebe zum Schutz von Gesundheit und Natur
- ausschließliche Nutzung von wiederverwendbaren Trink- und Essgefäßen auf Stadtfesten, bei öffentlichen Veranstaltungen oder Veranstaltungen Dritter auf öffentlichen Flächen
- ein Qualitätsmanagement für die Einsparung von Verbrauchsmaterialien im kommunalen Bereich
- bedarfsangepasste Müllcontainer für die Privathaushalte
- ein enges Netz von kommunalen Wertstoffhöfen zur Selbstanlieferung
- die fußnahe Aufstellung von Containern für Altpapier, Glas und Textilien
- mechanisch-biologische Abfallbehandlung, damit möglichst viel Abfälle unschädlich, wiederverwendbar und der Müllverbrennung entzogen werden

Erneuerbare Energien

Der Energiemarkt wird immer noch von vier großen Energiekonzernen dominiert: E.ON, Vattenfall, EnBW und RWE. Die vier Konzerne versuchen mit großen Kampagnen, sich einen ökologischen Anschein zu verpassen, sind aber für Umweltzerstörung und das Ausbremsen von erneuerbaren Energien mit verantwortlich. Sie dominieren die Energieproduktion in vielen Gemeinden. Sie gründen Tochtergesellschaften und haben ein undurchsichtiges Netzwerk von Tochterfirmen, was davon ablenken soll, wer vor Ort den Strom produziert.

Die Energiewende braucht Akzeptanz. Diese erreichen wir nicht durch große Energieparks, die die Umwelt und Natur belasten, sondern durch menschennahe, dezentrale und ökologische Energieproduktion. Wir möchten, dass die Menschen vor Ort von der Energiewende profitieren und nicht große Konzerne und ihre Aktionär*innen.

DIE LINKE. fordert:

- die flächendeckende Nutzung von Photovoltaikanlagen und Solarthermie auf öffentlichen Gebäuden
- die Nutzung der Abwärme von Industrieanlagen, landwirtschaftlichen Betrieben und größeren Einrichtungen für die kommunale Wärmeversorgung
- die Nutzung von Bioenergie aus Abfallprodukten ausschließlich aus regionaler Landwirtschaft
- die Festschreibung einer verbindlichen Nutzung von Solarthermie und Photovoltaik für Neubaugebiete im Bebauungsplan
- die Beteiligung der Mieter*innen an den Einspeisevergütungen für Stromerzeugung durch Erneuerbare Energien z.B. Photovoltaikanlagen (Modell Mieter*innenstrom)
- effektive Wärmedämmmaßnahmen mit ökologischen Materialien für alle öffentlichen Gebäude und Neubaugebieten mittels Bebauungsplanvorschriften
- die Errichtung von Windkraftanlagen in kommunaler und genossenschaftlicher Hand
- die Erzeugung von „grünem“ Wasserstoff aus Windkraft in kommunaler bzw. genossenschaftlicher Hand – „power to gas“ und die Nutzung des Wasserstoffs als saubere Energiequelle für Industrieanlagen, Heizungen und alternative Verkehrstechniken
- Einrichten von Solarparks auf geeigneten Flächen im Kreis, z.B. auf dem ehem. Kohlenplatz der HEW in Alt Garge

Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucher*innenschutz

Die bäuerliche Landwirtschaft in Niedersachsen befindet sich in einer existenziellen Krise. Der globalisierte Weltagrarmarkt und die damit verbundene Macht der Handelskonzerne verweigern den Landwirt*innen faire Erzeugerpreise, die dem tatsächlichen Wert ihrer Produkte entsprechen. Das Ergebnis ist, dass gerade die kleinen und mittelständischen Landwirtschaftsbetriebe immer mehr ins Hintertreffen geraten und vor dem existenziellen Aus stehen. Damit kann eine gute und gesunde Ernährung nicht mehr gewährleistet werden. Die Lebensmittelskandale der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Produktion von Nahrungsmitteln mehr und mehr zum gewinnträchtigen Versuchsfeld für Zusatzstoffe aller Art geworden ist. Unser tägliches Essen wurde – mit erheblichen gesundheitlichen Schäden verbunden - zu purer Funktionsware umfunktioniert. Lebensmittel dienen heute in den Augen der Industrie mehr zur Spekulation an Rohstoff- und Terminbörsen, statt dass sie einer gesunden Ernährung dienen. Die Diversität von Pflanzen und Tieren wird der industriellen Verarbeitung geopfert und entsprechend ausgedünnt. Unter dem Druck dieses Konkurrenzkampfes wird die Landwirtschaft dazu verleitet, Pflanzenschutzmittel, große Mengen Düngemittel sowie Antibiotika und Hormone zu verwenden.

Landwirtschaft

DIE LINKE. wendet sich gegen eine industrialisierte Agrarwirtschaft. Sie fordert eine gentechnikfreie Landwirtschaft, eine artgerechte Tierhaltung und den ökologischen Anbau von Nahrungsmitteln. Auf Ackerflächen in kommunalem Besitz soll der biologische Anbau Vorrang haben. Bioverbundlinien zwischen den Äckern sollen erhalten und ausgeweitet werden. Feldraine und Hecken müssen erhalten werden. DIE LINKE. will auf kommunaler Ebene Betriebe, die nach hohen ökologischen und sozialen Standards produzieren, unterstützen. Durch die Kommunalpolitik der LINKEN sollen regionale Wirtschaftskreisläufe, Wochenmärkte und andere Formen der Regionalvermarktung gefördert werden.

In den Kommunen gibt es eine Reihe von Möglichkeiten eine regionale und umweltverträgliche Landwirtschaft zu fördern; immer zum Wohle der Verbraucher*innen sowie der kleinen und mittelständischen Betriebe. Durch Raumordnungs-, Flächennutzungs- und Bebauungspläne und eine strengere Überwachung der Einhaltung des Baugesetzes und der niedersächsischen Bauordnung kann heute bereits effektiv im Sinne einer umwelt- und sozialverträglichen

Landwirtschaft eingegriffen werden. DIE LINKE. wird sich dafür einsetzen, diese Instrumentarien konsequent im Sinne des Artenschutzes und einer sozial-ökologischen Politik zu nutzen.

DIE LINKE. setzt sich für eine umweltschonende Nutzung kommunaler Wälder ein. Der Wald soll als Lebensraum für Pflanzen und Wildtiere, als Erholungsgebiet für die Bürger*innen, als „grüne Lunge“ und wichtiger Baustein für den Klimaschutz erhalten bleiben. Dort, wo es möglich ist, soll der Wald erweitert werden. DIE LINKE. wendet sich entschieden gegen den Verkauf, die Rodung oder sonstige Schädigung von Waldflächen im Zuge von Infrastrukturmaßnahmen. Wir setzen uns für die Umgestaltung der Wälder in Mischwälder ein.

DIE LINKE. fordert:

- den Erhalt des Waldes in kommunaler Hand und die Umgestaltung von Monokulturen hin zu Mischwäldern
- die Prüfung der Bauvorhaben von Biogasanlagen unter ökologischen und Sicherheitsaspekten in Kooperation mit den Landwirt*innen
- die Nutzung der rechtlichen Möglichkeiten von Flächennutzungsplänen, um Massenställe und Tierfabriken zu verhindern
- ein Walderlebnis für alle: mehr Wälder vollständig aus der Nutzung nehmen
- Managementpläne für Naturschutzgebiete, FFH-Flächen und Gewässer zügig umzusetzen
- Gewässerrandstreifen überall sicherzustellen und die Nichtnutzung auch zu überprüfen
- alte Saatgut-Sorten für Blühflächen zu verwenden, um die Artenvielfalt zu erhöhen
- keine Ackerflächen mehr zu bebauen oder mit Solaranlagen zu überdecken (dafür stehen genügend versiegelte Flächen zur Verfügung, z.B. Parkplatz- und Dachflächen)

- die Grundwasserentnahmen zu verringern, damit sich der Grundwasserstand wieder erholen kann. Die Berechnung des Grundwassers unter Berücksichtigung der neuen Klimaentwicklung durchführen und keine neuen Wasserrechte vergeben, ohne dass alte zurückgegeben werden

- ein Verbot der Beregnung von Energiepflanzen (Pflanzen, die zur energetischen Nutzung angebaut werden, z.B. Mais) und die Förderung modernster Tropfberegnung

- eine verstärkte Beratung zum Anbau trockenheitsresistenter Alternativpflanzen durch die Landwirtschaftskammer

- mehr Reinigungsstufen bei den Kläranlagen einzubauen

Ernährung und Verbraucher*innenschutz

DIE LINKE. tritt dafür ein, dass insbesondere in Küchen kommunaler Einrichtungen, in Schulen und in Kitas sowie in Krankenhäusern und in Pflegeheimen vorrangig Produkte lokaler Produzent*innen verarbeitet werden. Die Auftragsvergabe an überregionale Großküchen soll im Interesse einer gesunden Ernährung eingedämmt werden. Für Cateringfirmen, die kommunale Einrichtungen beliefern, ist die vorrangige Nutzung regionaler Produkte und das Prinzip eines gesunden Nahrungsmittelangebotes vorzuschreiben.

DIE LINKE. fordert:

- die Versorgung kommunaler Einrichtungen, wie Schulen, mit gesunder Ernährung aus der Region

- die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und kommunaler Ernährungsräten

- kein Einsatz von glyphosathaltigen Mitteln auf allen öffentlichen Flächen

- die Nutzung der Brachflächen in Städten für Bürger*innenbeete

Tierschutz

Die Fleisch- und Tierproduktion belastet die Natur, die Böden und die Menschen. Von diesem System profitieren nur wenige Agrarkonzerne. Während die Kosten für die Umweltzerstörung auf die Gesellschaft abgewälzt werden, wird ein Großteil der Produkte exportiert.

DIE LINKE. setzt sich für die Einhaltung und Ausweitung von Tierschutzmaßnahmen ein. Die Rechte von Tieren bestehen häufig nur auf dem Papier. Auf Kreisebene wird sich DIE LINKE. für den Ausbau der veterinärmedizinischen und der arbeitsrechtlichen Kontrollen einsetzen. Besonders dort, wo große Mastställe existieren, muss eine regelmäßige Bestandskontrolle gewährleistet sein, damit geltende Schutzrechte und Mindeststandards eingehalten werden.

DIE LINKE. Fordert:

- den Ausbau veterinärmedizinischer Kontrollen
- die Reduzierung von Tier- und Fleischproduktion durch die Umstellung von exportorientierter zu bedarfsgerechter Produktion
- keinen weiteren Bau von riesigen Tier- und Fleischfabriken
- die Einrichtung eines kommunalen Schlachthofes

Kommunale Verbraucher*innenschutzpolitik

Verbraucher*innen haben es schwer, ihre rechtlichen Ansprüche gegenüber Konzernen durchzusetzen. Sie stehen oft undurchsichtigen oder unvollständigen Produktbeschreibungen gegenüber, die sie nicht bewerten können. Sie sind schlichtweg auf Rechtsberatung und auf Kontrollen durch die Behörden angewiesen, wobei das Vertrauen in deren Qualität mit jedem Lebensmittel- oder anderweitigen Betrugsskandal abnimmt. Lebensmittelqualität muss sichergestellt werden. Derzeit gibt es dafür viel zu wenig Personal. Nach dem Abschluss eines Handy-, Energie- oder sonstigen Vertrages sind Verbraucher*innen oft mit ihren Anliegen durch z.B. unerträglich lange Telefon-Schleifen alleine gelassen. Hier wollen wir die Stärkung und Präsenz von Verbraucher*innenschutzzentralen in der Kommune vorantreiben. Dort können und sollen die Rechte von Verbraucher*innen durch Rechtsberatung gestärkt werden.

DIE LINKE. fordert:

- die Ausstattung der Gesundheitsämter mit mehr Personal für Lebensmittelkontrollen
- alles im Zusammenhang mit Aus- und Einfuhren von Lebensmitteln sowie Schlachtungen aller Art, soll von Amtstierärzt*innen in einem „Team Verbraucherschutz“ kontrolliert werden. Dieses umfasst zudem Verwaltungsangestellte und Lebensmittelkontrolleur*innen
- die Verbraucher*innenzentralen finanziell stützen, erhalten und in weiteren Städten aufbauen
- die Einrichtung von Beschwerdestellen zu undurchsichtigen Telefon-, Versicherungs- und anderen Verträgen bei den Verbraucher*innenzentralen
- die Aufklärung über Gefahren für Verbraucher*innen
- ein Angebot von Schuldenberatungen durch die Kommunen zusammen mit Verbraucher*innenzentralen anbieten

Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit!

Gleichstellung und Teilhabe ohne Ausnahme

Die Vision der LINKEN. ist eine Gesellschaft, in der der Anspruch unseres Grundgesetzes verwirklicht ist, dass alle Menschen als gleichwertige Mitglieder dieser Gesellschaft behandelt werden. Jede Form von Diskriminierung, Gewalt, Sexismus, Ausgrenzung oder Beleidigung gegen Frauen, Lesben, Schwule, Transgender, Queere, Bisexuelle, Intersexuelle und Agender und Personen mit weiteren Geschlechtsidentitäten oder auch Beleidigungen aufgrund von Behinderungen, Alter, ethnischer Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Weltanschauung, müssen entschieden bekämpft werden.

Gleichstellung von Frauen

Frauenpolitik heißt für DIE LINKE. für die gleiche Teilhabe aller Menschen an allen Gütern, also an Kultur, Bildung, Arbeitsleben, politischer Mitbestimmung, Gesundheit etc. einzutreten. Alle Geschlechter haben ein Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit, auf Zeit für Sorgearbeit in der Familie, für politische Arbeit genauso wie für Kultur. In diesem Sinn muss sich eine feministische Offensive durch alle Politikfelder ziehen.

Die Gleichheit vor dem Gesetz wurde durch die Frauenbewegung hart erkämpft. Aber die Lebensrealität von Frauen bleibt in unserer Gesellschaft immer noch weit dahinter zurück. Die Pandemie verstärkt die Ungleichbehandlung von Frauen. Frauen sind in den systemrelevanten Versorgungsbereichen unabkömmlich. Sie sind Mehrfachbelastungen ausgesetzt, sei es durch systematische Schlechterstellung von Frauen bei der Bezahlung ihrer Arbeit und durch andere Formen der Diskriminierung im Arbeitsumfeld. Zudem sind Frauen bei Unterstützungsleistungen, als auch durch geschlechterspezifische Gewalt sowie Diskriminierung bei der Gesundheitsversorgung und der körperlichen Selbstbestimmung benachteiligt.

DIE LINKE. fordert:

- hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in allen Kommunen
- eine geschlechtergerechte Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst sowie die Quotierung der Geschlechter in allen kommunalen Entscheidungsgremien

- die Aufwertung bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit sowie menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Zeitstrukturen
- kommunale Verhandlungen mit regionalen privaten Arbeitgeber*innen und kommunalen Betreuungs-/Erziehungseinrichtungen bezüglich geeigneter Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Öffentlichkeitskampagnen, um über Geschlechtergerechtigkeit aufzuklären

Konsequent gegen Gewalt an Frauen

Unser Kampf für die Gleichwertigkeit der Geschlechter geht Hand in Hand mit dem Kampf gegen jede Form der Diskriminierung. Wir stellen uns gegen jede Relativierung von Sexismus und gegen die Kulturalisierung des Problems.

Zahlreiche Politiker*innen zeigen bei Gewalt gegen Frauen mit dem Finger auf andere. Doch wer auf andere zeigt, lenkt von den Problemen ab und instrumentalisiert die Opfer frauenfeindlicher Gewalt.

DIE LINKE. fordert:

- Beratungsstellen sowie Frauen- und Mädcheninitiativen
- den kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln in öffentlichen Einrichtungen und im öffentlichen Raum
- den Ausbau und die Ausfinanzierung von Frauen- und Mädchenhäusern
- eine bedarfsgerechte Unterbringung für weibliche und queere Geflüchtete

Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt

Der dauerhafte Einsatz für die Akzeptanz von sexueller Vielfalt und Gleichberechtigung hat für die Kommunalpolitik der LINKEN. eine hohe Priorität. DIE LINKE. unterstützt die vielfältigen Initiativen freier Tra¨ger*innen in diesem Bereich. Auch die Aids-Pra¨vention und die Integration von HIV-positiven Menschen wird von der LINKEN. weiter gestärkt werden. Lokale LGBTQIA+-Menschen (englisch: lesbian, gay, bisexual, transsexual, queer, intersexual, asexual persons; Deutsch: lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, queere, intersexuelle, asexuelle und andere Personen) mo¨chten wir unterstu¨tzen und ihren Zugang zu Schulen, Beho¨rden und Verwaltung fo¨rdern.

Noch viel zu viele Menschen ko¨nnen in der O¨ffentlichkeit, in Schulen oder bei der Arbeit ihre Identita¨t nicht frei und offen zeigen, ohne Nachteile befu¨rchten zu mu¨ssen.

DIE LINKE. fordert:

- eine Zuflucht für queere Migrant*innen und Geflüchtete in Schutzräumen, wobei eine Unterbringung in Sammelunterku¨nften wegen eventueller U¨bergriffe unbedingt zu vermeiden ist
- die Erweiterung von Sportangeboten fu¨r die LGBTQIA+-Menschen
- das Aufgreifen des Thema „queere Lebensweisen“ im Lehrplan durch das Kultusministerium, damit der gesellschaftliche Rollback (z.B. DEMO fu¨r alle) aufgehalten wird
- die Förderung von Bildungs- und Beratungsangeboten von LGBTQIA+-Initiativen

Teilhabe aller Menschen

DIE LINKE. verurteilt populistische Kampagnen gegen Black, Indigenous and People of Colour (BIPoC) und Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die durch das Schüren von Ängsten Rassismus und Ausgrenzung salonfähig machen wollen. Stattdessen sind wir für die demokratische Partizipation aller Menschen in jedem Lebensbereich und fordern soziale Gerechtigkeit, unabhängig von nationaler, ethnischer und religiöser Zugehörigkeit. Wir brauchen keine „Deutsche Leitkultur", sondern bejahen die kulturelle Vielfalt. Ein Grundpfeiler unserer Politik ist die Vision einer solidarischen Gesellschaft, in der jeder Mensch sich frei entfalten kann. Die momentane Politik der Ausgrenzung ist unerträglich und spricht gegen jegliche Humanität. Die unwürdigen Zustände, unter denen geflüchtete Menschen an den EU-Außengrenzen festgehalten werden, sind nicht vertretbar. Wir brauchen keine Abschottung, sondern Solidarität und Aufnahme. Eine humane und solidarische Politik des Bundes und der Länder und Kommunen reflektiert Verantwortung, die wir gegenüber geflüchteten Menschen haben, und ermöglicht Menschen auf der Flucht, in einem Land ihrer Wahl Asyl beantragen zu können. Wir erkennen das Prinzip der Nicht-Zurückweisung an und sprechen uns gegen eine Schließung von Seenothäfen und eine Auslagerung der Migrationskontrolle in Staaten außerhalb der EU aus. Wir setzen uns für staatliche Seenotrettung ein. Zivile Seenotrettung, solange sie von staatlicher Seite nicht gegeben ist, darf nicht kriminalisiert werden. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, Bleibeperspektiven für geflüchtete Menschen in unserer Mitte zu schaffen. Diese soll nicht nur eine menschliche Versorgung, sondern auch eine Teilhabe der Ankommenden gewährleisten und sich solidarisch für alle Menschen und gegen Abschiebungen einsetzen. Unsere Politik ist eine Politik des Umdenkens, der Solidarität, des Ankommens und der Teilhabe.

Rassismus ist kein gesellschaftliches Randphänomen, sondern geht leider oft von der „Mitte" der Gesellschaft aus. Wir reflektieren auch, dass wir auf der nördlichen Erdhalbkugel rassistisch sozialisiert sind und unsere Institutionen und Einrichtungen von strukturellem Rassismus betroffen sind. Wir machen uns dafür stark, Formen des strukturellen Rassismus zu durchbrechen. Ein grundsätzliches Umdenken ist nötig und wir setzen uns dafür auf verschiedenen Ebenen mit anti-rassistischen Maßnahmen ein. Wir begreifen Deutschland als postmigrantische Einwanderungsgesellschaft, in der die herrschenden Verhältnisse gemeinsam neu verhandelt und gestaltet werden müssen. Organisationen wie

Frontex, welche an den EU-Außengrenzen illegale *push-backs* ausüben, dürfen nicht weiter finanziert und durch Polizeibeamt*innen unseres Landes unterstützt werden.

DIE LINKE. fordert:

- breite Sprach-, Sport- und Schreibförderung sowie Digitalisierungsmaßnahmen für alle Kinder, Schüler*innen, Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Schulen
- eine bewusste Förderung interkultureller Kampagnen und interkultureller Akzeptanz in Schulen und Behörden
- eine bewusste Förderung anti-rassistischer Sensibilisierungsmaßnahmen und Kampagnen in Behörden und sonstigen Institutionen
- den Ausbau und die Förderung von lokalen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für BIPoC und Menschen mit Einwanderungsgeschichte
- demokratische Interessenvertretungen von BIPoC und Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu fördern
- die Stärkung des Integrationsbeirats in seinen Rechten, Partizipationsmöglichkeiten und Kompetenzen sowie Finanzen

Inklusion von Menschen mit Behinderungen

Wir setzen uns für eine inklusive Gesellschaft ein, in der alle Menschen gleichermaßen teilhaben und mitgestalten können und in der auf die Bedürfnisse aller Rücksicht genommen wird. Eine inklusive Gesellschaft setzt sich zum Ziel, jeden Menschen aufzunehmen und in seiner persönlichen Entwicklung zu unterstützen und zu begleiten. Institutionen, Verbände, usw. stellen sich darauf ein, die Vielfalt aller und ihre jeweiligen Besonderheiten zur Grundlage ihrer Arbeit zu machen. Eine gleichberechtigte, selbstbestimmte und gestaltende soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderung, chronisch Kranken sowie älteren oder pflegebedürftigen Personen kann nicht abgesondert, sondern nur inklusiv gelingen.

DIE LINKE. fordert:

- die Verpflichtung von Stadt und Gemeinden zur Einrichtung inklusiver Gruppen in Kitas
- den Umbau aller öffentlichen Einrichtungen gemäß der Zertifizierung „barrierefrei“ und die Einrichtung von Induktionsschleifen für Hörgeschädigte
- die behindertengerechte Anpassung der Verkehrsmittel des ÖPNV in Stadt und Landkreis
- den Ausbau von (preiswerten) alters- und behindertengerechten Wohnungen und die Förderung von betreutem Wohnen
- die Einhaltung der Schwerbehindertenquote in allen kommunalen Betrieben und die Bereitstellung relevanter Formulare auch in „leichter Sprache“
- die Erstellung einer Bestandsaufnahme sowie einer qualitativen und quantitativen Bedarfsanalyse zu Teilhilfesystemen sowie eine regelmäßige qualifizierte Sozialberichterstattung mit Betroffenen
- den Ausbau ambulanter sozialer Dienste speziell für junge Menschen mit Behinderung

Psychisch Erkrankte unterstützen

Für DIE LINKE. ist klar: Es ist Aufgabe der örtlichen Sozialhilfeträger, mittels ambulanter Betreuung für die Wiedereingliederung psychisch Erkrankter Sorge zu tragen. Wiedereingliederung umfasst u.a. Hilfen zur selbständigen Haushaltsführung in eigenem Wohnraum, Unterstützung zur Sicherung von Ansprüchen gegenüber Sozialleistungsträgern sowie kontinuierliche Gespräche zur Stabilisierung der betroffenen Menschen.

In den vergangenen Jahren wurde diese Aufgabe von der Kommune vernachlässigt und die Zahl der Bewilligungen massiv heruntergefahren.

DIE LINKE. fordert:

- eine bedarfsgerechte Betreuung Betroffener, die sich vor allem an der Schwere ihrer Erkrankung zu orientieren hat

- Anhörungsverfahren zur weiteren Behandlung, an denen vor allem Betroffene und ihre Betreuer*innen sowie die Beratungs- und Betreuungseinrichtungen teilnehmen sollen

Würde im Alter

DIE LINKE. setzt sich für würdevolles Altern ein.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der immer mehr Menschen ein hohes Alter erreichen. Die Kommunen sowie jedes einzelne Mitglied der Kommune stehen vor der herausfordernden Aufgabe, diesen Lebensabschnitt so zu gestalten, dass dieser als glücklich und gesund erlebt werden kann. Moderate Bewegung sowie die Möglichkeit, sich gesund zu ernähren, tragen u.a. dazu bei, die eigene Handlungsfähigkeit möglichst lange zu erhalten. Es sind aber vor allem sinnerfüllte Tätigkeiten und Erlebnisse sowie positive Herausforderungen in kooperativen Zusammenhängen, die auch im Alter zu einem glücklichen Leben beitragen.

Die Kommunen stehen aus unserer Sicht vor der Aufgabe, zusammen mit älteren Menschen Gelegenheitsräume zu entwickeln und bereitzustellen, in denen sie sich in sinnvollen Lebenszusammenhängen erfahren.

Gleichzeitig gilt es zu berücksichtigen, dass für viele ältere Menschen die Mobilität sowie die eigene Handlungsfähigkeit abnehmen. Dies bedeutet, dass der Zugang zu ärztlicher Behandlung sowie zu pflegerischer Versorgung gewährleistet sein muss.

Der vielfach schlechte Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, Ärzt*innenmangel und zu wenige ambulante Pflegeeinrichtungen werden dem nicht gerecht.

DIE LINKE. fordert:

- die Einrichtung von Senior*innenbüros in größeren Gemeinden des Landkreises, die in sozialen Fragen beraten
- die Stärkung von Selbstverwaltungsstrukturen (z.B. Senior*innenräte) und Beteiligung von Senior*innen an kommunalen Entscheidungsprozessen
- kommunal geförderte Mehrgenerationenprojekte und -häuser, um die Möglichkeit der Begegnung zwischen Älteren und Jüngeren zu schaffen

- die Ausrichtung von Treffpunkten wie Dorfgemeinschaftshäusern und Stadtteilzentren auf integrative Konzepte für alle Generationen und Bevölkerungsgruppen

- Barrierefreiheit bei Stadt- und Verkehrsgestaltung sowie Erschwinglichkeit und Zugänglichkeit kultureller Angebote, Freizeit- und Sporteinrichtungen

Soziale Teilhabe und Mitbestimmung

DIE LINKE. vertritt die Meinung, dass ältere Menschen nicht ausgeschlossen werden dürfen, sie sollten ihr Können, Wissen und ihre Lebenserfahrung zum Wohle aller in die Gesellschaft einbringen können.

Das Recht auf ein würdiges, selbstbestimmtes Leben darf nicht mit dem Beginn der Rente enden. Immer mehr Menschen sind von Altersarmut bedroht oder betroffen. Immer häufiger sind ältere Menschen auf ergänzende staatliche Leistungen wie die Grundsicherung angewiesen oder gehen Nebenbeschäftigungen nach – obwohl sie dafür eigentlich nicht mehr fit genug sind – statt das Rentendasein genießen zu können. Frauen sind hier besonders betroffen, da die Rente überwiegend von der eigenen Erwerbsbiographie abhängt. Durch diese Prekarisierung, verbunden mit einer wachsenden Altersdiskriminierung, wird die Möglichkeit der Teilhabe und Mitgestaltung der Gesellschaft stark eingeschränkt.

DIE LINKE. fordert:

- einen Ausbau der ambulanten, durch die Kommunen kontrollierten Pflege statt Abschiebung in Altersheime – selbstverständlich unter Einbeziehung einer verbesserten personellen Ausstattung bei erhöhtem Pflegebedarf

- eine Erweiterung der Mitbestimmungsmöglichkeiten für ältere Menschen in Alten- und Altenpflegeheimen

- die Einrichtung kommunaler Altenpflegeplätze, die unabhängig von Einkommen und Vermögen der Betroffenen in Anspruch genommen werden können

Altersarmut wird unterschätzt

Alte sollten ganz selbstbewusst sagen können: "Ja, ich bin ein alter Mensch, eine Alte, ein Alter auf dieser Welt. Ich habe gut gelebt, habe beigetragen zur Gesellschaft, in der ich lebe, jetzt möchte ich Träume verwirklichen, ein gutes zufriedenes Leben im Alter führen."

Die Union macht nicht nur gruselige Vorschläge in der Rentenpolitik, auch das Ausmaß der Altersarmut wird von ihr kleingeredet. Dass uns massenhaft Altersarmut drohe, hält CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn beispielsweise für "totalen Quatsch", schließlich würden nur drei Prozent der über 65-jährigen soziale Grundsicherung vom Staat beziehen. Dagegen wären fünfmal so viele Kinder von Hartz IV-Leistungen abhängig. Es ist nicht nur besonders schäbig, beim Thema Armut bedürftige Kinder gegen bedürftige Alte auszuspielen; es führt auch in die Irre, von der Inanspruchnahme auf Grundsicherung auf die Bedürftigkeit zu schließen. Viele alte Menschen scheuen den Gang zum Sozialamt-, obwohl sie Anspruch auf Leistungen hätten. Und ist man mit einem monatlichen Einkommen von 840 Euro etwa nicht mehr arm, weil man ab Einkünften von 830 Euro (oder ab einem Vermögen von 5000 Euro, selbstgenutztes Wohneigentum ausgenommen) keinen Anspruch auf Grundsicherung im Alter mehr hat? Wohl kaum. Nach der gängigen EU-Definition liegt die Armutsschwelle bei 60 Prozent des Durchschnittseinkommens, danach galten im Jahr 2018 alle alleinlebenden Personen mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 1035 Euro als arm. Die so definierte Armutsquote liegt für Rentner*innen und Pensionär*innen bei rund 15 Prozent - Tendenz steigend.

DIE LINKE. fordert:

- die gleichberechtigte und weitgehend entgeltfreie Teilhabe älterer Menschen am politischen und kulturellen Leben und in der Freizeitgestaltung
- kommunal geförderte Mehrgenerationenhäuser auch für den kleinen Geldbeutel in jeder Kommune
- ein Sozialticket und ein Jahresticket PLUS auch im Regionalverkehr und für alle Verkehrsverbünde im Land Niedersachsen und den Kommunen
- angemessene Wohn-, Verkehrs- und Mobilitätskonzepte im Landkreis, die die Interessen und Möglichkeiten der Älteren und Armen auch genügend berücksichtigt

© Rudy Bartels

Eine Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel

Am 1. September 1939 begann mit dem Angriff der deutschen Wehrmacht auf Polen der Zweite Weltkrieg. Die Gesamtopfer dieses Krieges, den Nazideutschland verantwortete, sind mehr als 55 Millionen Tote. Am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht, die entsetzliche Verbrechen verantwortete, gegenüber der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und Frankreich. Europa lag in Trümmern. Alle diejenigen, die ein antifaschistisches Deutschland wiederaufbauen wollten, waren sich einig, dass es keine deutsche Wiederbewaffnung geben sollte und keine deutsche Rüstungsindustrie, die aus dem Tod ein Geschäft macht. Denn damals wie heute gilt - „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus".

Frieden und internationale Solidarität

Ohne Frieden ist keine Krise dieser Welt lösbar – weder Pandemien, noch Hungersnöte, Klimazerstörung oder aber die weltweite Vertreibung von Menschen aus ihren Heimatländern. Wir sagen nein zu jeder Form der Kriegstreiberei, wirtschaftlicher Erpressung, Aufrüstung, Abschottung und dem Geschäft mit dem Tod – ganz gleich ob durch Waffenexporte oder Rüstungsindustrie. Gemeinsam mit der internationalen Friedensbewegung, Gewerkschaften, Studierendenschaften, Verbänden und Initiativen wirken wir in den Kommunen und darüber hinaus gemeinsam für den Frieden. Gemeinsam mit vielen anderen helfen wir mit bei den alljährlichen Ostermärschen und Antikriegstagen für den Frieden auf die Straße zu gehen.

DIE LINKE. fordert:

- die Initiativen für den Stopp aller Waffenexporte sowie die Kampagnen „Rheinmetall entwaffnen!" und „Abrüsten statt Aufrüsten" zu unterstützen

- Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr sofort aufzukündigen - Keine kommunalen Räumlichkeiten und Plätze für Werbeveranstaltungen und Ausstellungen der Bundeswehr

Abrüstung bis in die Kommune

Das Land Niedersachsen ist Bestandteil eines Systems der Rüstungsforschung und Rüstungsindustrie. Niedersachsen ist wichtiges Drehkreuz für den Transport von Rüstungsgütern. Soldat*innen aus Niedersachsen sind am Kriegseinsatz in Afghanistan direkt beteiligt. In Niedersachsen verdienen diverse Unternehmen an der Rüstungsproduktion. Auch an der Leuphana Universität darf keine Kriegs- und Rüstungsforschung stattfinden. Betriebene Rüstungsproduktion muss auf zivile Produktion umgestellt werden. Das Gleiche gilt für den Bereich der Forschung. Geld, welches für den Krieg verschwendet wird, ist in unseren Kommunen besser aufgehoben.

DIE LINKE. fordert:

- Konversionsbeauftragte auf Landesebene einzusetzen, welche mit den betroffenen Regionen zusammenarbeiten, um Rüstungsproduktion auf zivile Produktion umzustellen
- eine Umwandlung militärischer Flächen und Liegenschaften, wie der Theodor-Körner Kaserne, für zivile Zwecke und alternative Arbeitsplätze umzusetzen
- die Umwandlung von Militärübungsgeländen, wie bei Wendisch-Evern, in Naturschutzgebiete
- eine Zivilklausel für die Leuphana Universität – für Friedens- statt Rüstungsforschung

Antimilitarismus – Für eine Kultur des Friedens

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lehnt Krieg (als Lehre aus der Geschichte) ab. Dennoch wird der öffentliche Raum massiv für Militärwerbung genutzt. Verharmlosende Werbekampagnen der Bundeswehr, Kriegsdenkmäler aus dem letzten Jahrhundert wie der Dragoner im Clamartpark und kriegspropagandistische Anlässe, wie der Rückkehrerappell auf dem Marktplatz, sollen die Öffentlichkeit an Kriegseinsätze gewöhnen. DIE LINKE. setzt hingegen auf eine Kultur des Friedens.

DIE LINKE. fordert:

- Bundeswehr raus aus Schulen und zivilen Ämtern, kein Werben fürs Sterben
- die Zusammenarbeit mit Friedensinitiativen, insbesondere in Schulen
- dass militärische Rituale wie „Großer Zapfenstreich“ und Gelöbnisse im öffentlichen Raum der Kommune nicht mehr stattfinden
- die Umgestaltung aller Kriegsdenkmäler in Mahnmale für den Frieden

Antifaschismus und Antirassismus

Wir stehen für eine offene und solidarische Gesellschaft, in der Menschenrechte unteilbar und in der vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich und Teil des alltäglichen Lebens sind. Das Menschheitsverbrechen des Holocaust mahnt uns. Vor dem Mord stand die Ausgrenzung. Sie begann mit dem Denken und Reden. Wir alle tragen Verantwortung dafür, wohin sich unsere Gesellschaft bewegt. Deswegen kämpfen wir entschieden gegen jede Form von Ausgrenzung, Hetze und Diskriminierung. Gemeinsam treten wir Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus, Antiziganismus sowie jeder anderen Form von Rassismus entschieden entgegen.

Gemeinsam gegen Rechts

Ideologien der Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und Menschenverachtung werden wieder gesellschaftsfähig. Verstärkt durch die Corona-Pandemie und die damit auftretenden Verschwörungsmythen werden rechte Erzählmuster immer wieder bedient. Die Verschiebung nach rechts ist eindeutig zu spüren. Rassistische motivierte Morde, wie die in Halle und Hanau, machen deutlich, dass es sich um ein strukturelles Problem handelt. Es sind keine Einzelfälle und die Problematik durchzieht auch die Institutionen, die uns vor Gefahren schützen sollen. Die extreme Rechte ist auf dem Vormarsch und regiert in unseren Nachbarländern bereits mit. Es reicht nicht mehr aus, nicht rassistisch zu sein. Wir brauchen explizit anti-rassistische Initiativen und Maßnahmen, die sich dafür einsetzen, Menschen für Alltagsrassismus zu sensibilisieren und strukturellen Rassismus in Politik, Verwaltung und Institutionen zu durchbrechen.

DIE LINKE. wendet sich gegen alle rechten bis extrem rechten Kräfte wie die AfD, die ethnische oder religiöse Minderheiten zu Sündenböcken machen. Rechte spalten durch rassistische Hetze, Lügen und den Aufruf zur Gewalt gegen Minderheiten. Sie wollen von sozialen Kämpfen ablenken, um Lohn- und Sozialkürzungen sowie die Beschneidung unserer Demokratie in ihrer härtesten Form durchzusetzen. Der erstarkenden Bedrohung durch extrem Rechte stellen wir uns entschlossen entgegen.

DIE LINKE. fordert:

- die Unterstützung regionaler Bündnisse gegen Rechts
- die Nutzung aller rechtlichen Mittel durch kommunale Verwaltungen zur Unterbindung neofaschistischer Aktivitäten
- die Verweigerung der Vergabe kommunaler Räumlichkeiten an rassistische, antisemitische, sexistische Parteien und Gruppierungen
- die Streichung von Menschen mit rechter Gesinnung von Vorschlagslisten für die Schöffen- und Schiedsgerichtswahl
- eine verbindliche Absprache zwischen allen demokratischen Parteien im Umgang mit extrem rechten Mandatsträger*innen – Keine Zusammenarbeit mit AfD und NPD!

Aufklärungs- und Bildungsarbeit

Rechtspopulist*innen verbreiten häufig Unwahrheiten, reduzieren komplexe Zusammenhänge auf einfache, falsche Antworten, schieben die Schuld für gesellschaftliche Probleme auf Minderheiten, heizen die öffentliche Stimmung mit einer Verrohung der Sprache an und machen sich oft zum Opfer von Kritik – dabei sind sie die größten Täter*innen. Sie versuchen damit die öffentliche Meinung für ihre Interessen zu manipulieren. Gegen rechte Hetze hilft Aufklärung. Für DIE LINKE. ist dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

DIE LINKE. fordert:

- finanzielle Mittel der Kommunen für kostenlose und diskriminierungsfreie Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu Faschismus und Rassismus

bzw. Anti-Faschismus und Anti-Rassismus, besonders an Schulen, Jugend- und Familieneinrichtungen

- die Förderung von kultureller und jugendpolitischer Arbeit gegen Rechts sowie von Protesten auf der Straße gegen Rassismus, Faschismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Diskriminierung jeder Art

- die Einrichtung von Informations-, Beratungs- und Bildungsstellen zu Faschismus und Rassismus

- die Einrichtung eines Aussteiger*innenprogramms für Menschen aus der extrem rechten Szene

Hilfe für Betroffene

Bundesweit erstarken rechtspopulistische bis offen faschistische Kräfte. Es gibt vermehrt Übergriffe gegen Asylbewerber*innen und deren Unterkünfte. Aber auch auf Kundgebungen und Demonstrationen sind verstärkt Hass-Parolen gegen „Ausländer*innen“, verbale Angriffe gegen demokratische Strukturen sowie Angst schürende Hetze gegen Muslime zu hören. DIE LINKE. stellt sich entschlossen an die Seite von Betroffenen von rechter Gewalt.

DIE LINKE. fordert:

- die Einrichtung von Schutzräumen und Anlaufstellen für Opfer rassistischer und neofaschistischer Gewalt

- die Einrichtung von Antidiskriminierungsbüros sowie Beratungsstellen in jeder Kommune

- die Unterstützung von Selbsthilfeinitiativen und -gruppen von Betroffenen

- die Einrichtung eines Opferhilfefonds in jeder Kommune

Erinnerungskultur

Wenn wir aus der Geschichte lernen wollen, müssen wir sie verstehen. Insbesondere die Zeit um den Nationalsozialismus ist in vielen Kommunen weitgehend nicht aufgearbeitet, teilweise fehlerhaft dargestellt und der lokalen Bevölkerung kaum bekannt. Vielerorts bedarf es einer Erneuerung der Erinnerungskultur, wie etwa beim Ehrenmal der 110. Infanterie-Division, die das historische Wissen auf den aktuellen Stand bringt und die lokale Geschichte an Denkmälern sowie Gedenkorten historisch und politisch einordnet. DIE LINKE. setzt sich für eine Erinnerungskultur ein, die sich mahnend mit den dunkelsten Epochen, dem Kolonialismus, der NS-Zeit sowie Militär- und Kriegsgeschichte von zwei Weltkriegen auseinandergesetzt.

DIE LINKE. fordert:

- eine kritische Einordnung von Kriegsdenkmälern in antifaschistische Rundgänge durch Texttafeln und künstlerische Installationen, alternativ deren Entfernung
- die Umbenennung von Straßen und Plätzen mit Namen von Nazigrößen und Militaristen in die Namen von Antifaschist*innen und Humanist*innen
- die Ausweitung der Aktion „Stolpersteine“ sowie die Errichtung, Erhaltung und Sanierung von Denkmälern, die gegen Krieg und Faschismus mahnen
- die weitere Erforschung der Vorgänge in den Kommunen unseres Kreises in der Zeit der faschistischen Diktatur sowie die Unterstützung bei der Publikation und Ausstellung der Ergebnisse
- neben Geschichtswerkstätten, Gedenkstätten und der VVN/BdA sollte angestrebt werden, auch (Hoch-)Schulen in die Aufarbeitung des Faschismus und Kolonialismus einzubeziehen

Willkommenskultur für Geflüchtete

Es sind weltweit u¨ber 70 Millionen Menschen auf der Flucht vor Armut, Klimawandel, Verfolgung und Krieg. Deutschland ist mit seinen Waffenexporten und seiner Außen-, Handels- und Militärpolitik Mitverursacher von Flucht und Vertreibung. Die meisten Geflu¨chteten sind Binnenflu¨chtlinge, d. h. sie fliehen innerhalb ihres Heimatlandes. Einige machen sich dennoch auf den lebensgefährlichen Weg nach Europa und damit auch nach Lüneburg.

Solidarität mit Geflüchteten

Viele Fluchtgründe werden vom deutschen Asylrecht nicht mehr anerkannt, die europäische Außengrenze ist zudem eine der tödlichsten der Welt. Geflüchtete werden oft zur Bedrohung stigmatisiert oder gegen andere Gruppen unserer Gesellschaft ausgespielt. Wir lehnen es ab, dass Geflüchtete zu Sündenböcken gemacht werden. Statt Menschen an der Flucht aus lebensbedrohlichen Situationen zu hindern, braucht es unsere bedingungslose Solidarität.

DIE LINKE. fordert:

- dass Kommunen und Gemeinden sich zum „Sicheren Hafen“ erklären, d.h. dass sie anbieten, über den Verteilungsschlüssel hinaus, Geflüchtete aus der Seenotrettung sofort aufzunehmen
- die Zusammenarbeit zwischen dem Niedersächsischen Flüchtlingsrat und der Kommune sowie die Unterstützung von Projekten wie „Wege ins Bleiberecht“
- die Schulung der kommunalen Verwaltungen, um alle Möglichkeiten auszunutzen, Abschiebungen zu verhindern und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen
- Öffentlichkeitskampagnen, die über das Schicksal von Geflüchteten und deren Fluchtgründe aufklären

Menschenwürdige Unterbringung

Geflüchtete wohnen oft über Monate auf engstem Raum, teils getrennt von ihren Familien, weit unterhalb des Existenzminimums. Viele können ihre zum Teil

traumatischen Erlebnisse, die sie auf der Flucht erfahren haben, nicht verarbeiten. Noch dazu leben sie in ständiger Angst, an den Ort abgeschoben zu werden, von dem sie unter Lebensgefahr geflohen sind. Geflüchtete brauchen eine sichere Unterkunft, um das Erlebte zu verarbeiten. Kommunen dürfen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden.

DIE LINKE. fordert:

- den Bund und das Land Niedersachsen auf, die Kosten der Unterbringung geflüchteter Menschen sowie deren Versorgung zu übernehmen
- möglichst rasche und dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen, statt in Sammelunterkünften. Bei Wohnraummangel ist leerstehender Wohnraum zu beschlagnahmen
- die Bedürfnisse von Geflüchteten und ihre Familienzugehörigkeit, bei der Verteilung auf die Kommunen zu berücksichtigen
- die Flüchtlingsunterkünfte in öffentlicher Hand zu behalten oder zu überführen. Mitarbeiter*innen müssen nach tariflichen Bestimmungen bezahlt und für rassistische Anfeindungen sensibilisiert werden
- einen deutlichen Ausbau der Sozialarbeit und der psychologischen Betreuung in allen Unterkünften und dem Landkreis

Gesellschaftliche Teilhabe

Es vergehen oft Monate bis Jahre bis der Aufenthaltsstatus Asylsuchender geklärt ist. Bis dahin leben die Menschen ein Leben in Ungewissheit, ohne vernünftige medizinische Versorgung, ohne Arbeitserlaubnis, oftmals getrennt vom Rest der Gesellschaft. DIE LINKE. unterstützt die Arbeit der vielen Freiwilligen, die Geflüchteten eine Lebensperspektive ermöglichen wollen. Wir wollen, dass die öffentliche Hand Wege eröffnet, mehr Menschen an unserer Gesellschaft teilhaben zu lassen.

DIE LINKE. fordert:

- entgeltfreie Sprachkurse sowie Zugang zu Bildungs-, Sport- und Kultureinrichtungen sowie entgeltfreien Internetzugang (WLAN) und eine sofortige Arbeitserlaubnis für alle Geflüchteten

- eine gleichberechtigte medizinische sowie psychologische Versorgung. Alle Geflüchteten erhalten eine Gesundheitskarte, die den direkten Weg zu einer medizinischen Behandlung eröffnet

- Beratungseinrichtungen zu erweitern und durch die Kommune zu unterstützen

- einen einfachen Zugang zu Kitapla¨tzen, zum Schulbesuch, zur beruflichen Ausbildung und Arbeitsaufnahme

- die Förderung von Integrationsräten in den Kommunen sowie eine Wahlrechtsreform, die allen Menschen vor Ort das Wahlrecht garantiert

Nachwort

DIE LINKE. kämpft zusammen mit breiten gesellschaftlichen Bündnissen für einen grundlegenden sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Richtungswechsel. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, frei von Ausbeutung und Krieg. Wir rufen dazu auf, sich einzumischen, denn von Resignation profitieren nur die Reichsten.

Wir sind nicht wie andere Parteien, in denen einzig Vorstände und Mandatsträger*innen über Ausrichtung und Inhalt von Politik bestimmen, getrieben von Lobbygruppen und Medienkonzernen. Wir sind eine lebendige Mitglieder- und Programmpartei; wir diskutieren miteinander, lernen miteinander und mischen uns gemeinsam ein. Gemeinsam können wir die Welt verändern.

Wählen Sie daher am 12. September nicht nur DIE LINKE. - wählen Sie vor allem, selbst aktiv zu werden!

„Wir sind und werden nicht wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind.

Wir verfolgen ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.

Wir wollen die großartigen Ideen, die Visionen und schöpferischen Kräfte der Menschen für überzeugende politische Vorhaben nutzen, um Hunger und Armut zu überwinden, um die Folgen des Klimawandels und der Umweltkatastrophen in den Griff zu bekommen.“

Grundsatzprogramm DIE LINKE. 2007

sozial

ökologisch

antifaschistisch

DIE LINKE.
Kreisverband Lüneburg

Reichenbachstraße 2
21335 Lüneburg
Telefon: 04131 – 2843 346
E-Mail: vorstand@dielinke-lueneburg.de